



DIE LINKE UND DIE DEMOKRATIE

Fast vier Jahre ist es her, seit die Militärs den Linken in der Türkei eine einschneidende Niederlage bereiteten und die türkische Gesellschaft nach den Vorgaben des IWF und den Vorstellungen der Militärs begannen neu zu strukturieren.

Weder in der Türkei noch in den Ländern der türkischen Arbeitsemigration hat die Linke seither die soziale Wirklichkeit erfaßt. Sie ist keine gesellschaftlich relevante Größe. Die politischen Ansätze der 70er Jahre reichen zur Bewältigung der politischen Realität der 80er Jahre nicht aus. Wir skizzieren wichtige Stationen der Entwicklung der türkischen Linken, benennen das ideologische Gerüst ihrer damaligen Politik und kennzeichnen wesentliche Fehler, die ihre Niederlage vertieft haben. In erster Linie ist uns das Verhältnis der Linken zum Volk wichtig – ihre Bereitschaft von den Massen zu lernen. Es kommt darauf an zu erkennen, daß die gesamte türkische Gesellschaft sich in einem Neuorientierungsprozeß befindet, in den die Linke mit ihren eigenen Vorstellungen von Demokratie eingreifen muß. Dieser Artikel versteht sich als Diskussionsbeitrag.

Siehe Seite 6



Kommunalwahlen am 25 März 1984: Alles bleibt beim Alten

Nach den allgemeinen Wahlen am 6. November 1983 sollten die Kommunalwahlen am 25. März 1984 zu dem ersten Prüfstein der Demokratie in der Türkei werden. Das Ausland erwartete nicht zuletzt deswegen einen Aufschluß über das Kräfteverhältnis in der Türkei, weil es zum ersten Mal keine Beschränkungen bei der Teilnahme gab. Neben den drei für die Parlamentswahlen zugelassenen Parteien durften weitere drei Parteien (jeweils als Fortsetzung von Parteien vor dem Militärputsch) an den Wahlen teilnehmen.

Im Ergebnis aber wurde die Regierungspartei ANAP bestätigt, während die parlamentarische Opposition in Form der Militärparteien HP und MDP eine klare Absage erhielten. Hieraus ergibt sich die etwas seltsame Konstellation, daß die Regierung parlamentarisch abgesichert ist, während die Opposition keine parlamentarische Vertretung hat. Dennoch kann mit vorgezogenen Neuwahlen nicht gerechnet werden.

Dabei war im Vorfeld der Wahlen immer wieder davon gesprochen worden. Zunächst hatte die sogenannte außerparlamentarische Opposition in Gestalt der sich sozialdemokratisch gebärdenden Partei der sozialen Demokratie (SODEP) und der Vertreter der konservativen Partei des Rechts Wegens (DYP) sich selber immer als Alternative zu der Regierungspartei ANAP (Mutterlandspartei) hingestellt und die Überzeugung geäußert, daß ihr Wahlsieg Neuwahlen unumgänglich machen würde.

Danach hatten die ersten Umfragen aber schon ergeben, daß die ANAP diese Wahl mit großer Sicherheit gewinnen würde, und die forschenden Stimmen von SODEP und DYP waren verstummt. Nun war es Ministerpräsident Turgut Özal selbst, der selbstsicher verkündete, entweder er werde den absoluten Wahlsieg erringen oder aber sofort für Neuwahlen eintreten. Immerhin aber wurde soviel über Neuwahlen gesprochen, daß die Angst davor (innenpolitische Verunsicherung) oder aber auch der Wunsch danach (Abschaffung der künstlichen Parteien) auch einen gewissen Einfluß auf den Wahlausgang gehabt haben dürfte.

Neben den genannten Parteien hatten die anderen an den Wahlen beteiligten drei Parteien von vorneherein keine große Rolle gespielt. Während die von den Militärs als sozialdemokratische Kraft konzipierte Volkspartei eindeutig in den Schatten der SODEP getreten war, und ihr Vorsitzender Necdet Calp zu seiner Ehrenrettung verkünden mußte, daß er zurücktreten werde, wenn sie schlechter als die SODEP abschneiden würden, hatte sich der "Erzengel gegen den Kommunismus", der General Turgut Sunalp von der Partei der Nationalistischen Demokratie (MDP) ein ums andere Mal lächerlich gemacht, als er vor Reportern und seinen eigenen Parteiführern Reißaus nahm, von der Provinzvertretung in Manisa ausgeladen wurde und überhaupt eine sehr schwache Figur auf den Wahlreisen abgab.

Fortsetzung Seite 10

Generalamnestie für die politischen Gefangenen

Es ist gute alte Tradition in der Türkei, daß nach Phasen der Gewaltherrschaft jedesmal die Opfer der Diktatur durch eine Amnestie wenigstens teilweise rehabilitiert werden. So gab es in der Geschichte der Republik schon 9 Generalamnestien und insgesamt mehr als 100 mal hat das Parlament eine Begnadigung in Teilaspekten beschlossen. Wer allerdings nach den Wahlen vom 6. November 1983 erwartete, daß die Militärherrschaft beendet und nun "Gnade vor Recht" eintreten würde, der sah sich getäuscht. Wenigstens in diesem Punkt setzen die zivilen Herren das Programm der Militärs exakt durch.

Dabei hatte die Diskussion um eine Amnestie schon vor den allgemeinen Wahlen begonnen. Die Öffentlichkeit wollte von den Parteien wissen, wie sie sich zu diesem Problem stellen. Die sozialdemokratisch aufgemachte Volkspartei erreichte einige Stimmen mehr durch ihr Versprechen einer Generalamnestie. Aber auch die MDP und die ANAP, die jetzt die Regierung stellt, sprachen sich für eine teilweise Amnestie aus. Zumindest "Vergehen" im Pressewesen sollten nach der Meinung aller Parteien begnadigt werden.

Es kam dann aber doch ganz anders.

Um die Jahreswende begann zunächst eine wahre Kampagne um die Amnestie, in die nicht nur die Anwaltskammer der Türkei, sondern auch hochgestellte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingriffen. Zum Schluß fanden sich praktisch täglich Berichte in den bedeutenden Tageszeitungen, und nicht nur die Wochenzeitschrift Nokta, sondern auch das Karikaturlblatt Girgiri machten das Thema zu ihren Aufmachern. Dann aber folgte die "kalte Dusche" der Militärs. Über ihre Kriegsverbrecherkommandanturen ließen sie den Zeitungen mitteilen, daß eine Berichterstattung zu diesem Punkt nicht erwünscht sei. Und prompt hörten vom 7. Januar an die Meldungen über die Vorstellungen von Amnestie auf.

Gänzlich ließ sich das Thema aber doch nicht aus der Öffentlichkeit verbannen; denn durch viele Briefe und Bittschriften aufgeschweicht, fühlten sich die Parteien nun doch bemüßigt, ihre Meinung zu dem weiterhin diskutierten Punkt kundzutun. Von der Volkspartei HP war sogar zu vernehmen, daß sie einen parlamentarischen Vorstoß unternehmen wollte und auch schon einen ausgearbeiteten Entwurf hatte. Es ist aber an diesem Punkt bislang bei dieser Ankündigung geblieben. Fortsetzung Seite 10

aus dem INHALT

Offene Antwort von Uli Fischer	s.2
Über Zimmermann-Gesetze	s.2
Die Türkei und die Demokratie Enver Karagöz (Lehrer) berichtet	s.4
Die Linke und die Demokratie	s.6
Graue Wölfe gibt es nicht	s.9
Kommunalwahlen in der Türkei	s.10
Prozess gegen die Anti-faschisten	s.11
Fraktionskämpfe unter den Kapitalisten	s.11
Protest in Regensburg	s.12

Gegen Existenzvernichtung und Familienzerstörung!

Gegen Entrechtung und Verdrängung der ausländischen Mitbürger!

1. Allgemeine-Bemerkungen zur Konzeption des Bundesministers des Innern:

Eine "Konzeption des Bundesministers des Innern für das neue Ausländergesetz", datiert vom 16.9.83, ist bekannt geworden. Sie enthält in zusammengefaßter Form die härtesten Empfehlungen für eine Verschärfung des Ausländergesetzes aus dem berichtigten Bericht der beim Bundesinnenministerium angesiedelten Kommission "Ausländerpolitik" vom 2. März 83.

Sollte diese Konzeption des Bundesministers des Innern gesetzliche Wirklichkeit werden, würde ein absoluter Tiefpunkt der bundesrepublikanischen Ausländerpolitik und wohl auch der bundesrepublikanischen Geschichte erreicht werden. Die in dieser Konzeption vorgesehene Verschärfung des Ausländergesetzes wird ohne jeden Zweifel für viele ausländische Mitbürger zur Vernichtung ihrer Existenz und zur Zerstörung ihrer Familien führen. In noch stärkerem Maße als dies bisher schon der Fall ist, werden

elementare Rechte, wie sie u.a. in Artikel 1,2,3,6 und 20 des Grundgesetzes ("Die Würde des Menschen ist unantastbar", "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit", "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich", "Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung", "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat") niedergelegt sind, gegenüber den ausländischen Mitbürgern verletzt werden.

Der "Ausländerintegrationspolitik", die wenigstens vom Ansatz her die Gleichberechtigung der ausländischen Mitbürger als Orientierungspunkt im Blick hatte, wird vollends der Abschied gegeben und eine entschlossene Hinwendung zu einer "Ausländervertriebspolitik" vollzogen.

2. Zu der Konzeption des Bundesministers des Innern in einzelnen:

Die "Ausländervertriebspolitik" soll im wesentlichen mit Hilfe zweier großer Maßnahmenkomplexe durchgeführt werden:

— zum einen in einer Verschärfung der Praxis der Ausweisungen bzw. der Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis, — zum anderen in der weiteren Verschärfung der Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung.

2.1. Forderungen des Bundesministers des Innern nach Verschärfung der Praxis der Ausweisungen bzw. der Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis

Eine Aufenthaltserlaubnis soll nur noch verlängert werden, wenn — der Lebensunterhalt für den Ausländer und seine Familie ohne Inanspruchnahme von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe gesichert ist, — eine ordnungsgemäße, nicht unzureichende Wohnung vorhanden ist, — keine erheblichen Verstöße gegen die deutsche Rechtsordnung vorliegen.

Unser Kommentar:

Diese Forderungen bringen eine weitere Verschärfung der ohnehin schon unvermeidbaren gegenwärtigen Praxis: Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis bei Inanspruchnahme von Sozialhilfe gibt es bisher nur als Kann-Vorschrift. Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis bei unzureichender Wohnung ist bisher ausländerrechtlich nicht verankert.

Der jetzt schon wegen seiner weiten Dehnbarkeit äußerst bedenkliche Ausweisungstatbestand "Beeinträchtigung erheblicher Belange der Bundesrepublik" wird durch die zusätzliche Klausel "erhebliche Verstöße gegen die deutsche Rechtsordnung", unter die auch Ordnungswidrigkeiten fallen sollen, noch erweitert.

Der Bezug von Arbeitslosenhilfe ist bisher kein Ausweisungsgrund.

Anstelle der in der Konzeption des Bundesinnenministers befürworteten Verschärfung der Praxis der Ausweisungen bzw. der Nichtverlänge-

Vor einiger Zeit wurde eine Konzeption des Innenministeriums zur Ausländerpolitik vom September 1983 bekannt, in der die Vorstellungen Zimmermanns zur zukünftigen Ausländerpolitik in aller Schärfe dargestellt sind. Wir veröffentlichen im folgenden die hervorragende Stellungnahme des "Initiativ Ausschusses 'Ausländische Mitbürger in Hessen'" vom März 1984

Zynismus nicht zu überbieten. Rundherum lehnen wir auch die Forderung des Bundesinnenministers ab, einen Ausweisungstatbestand "erhebliche Verstöße gegen die deutsche Rechtsordnung" zu schaffen. Eine solche Generalklausel ist geeignet, behördlicher Willkür Tür und Tor zu öffnen und die Verunsicherung der ausländischen Mitbürger ins Unermeßliche zu treiben.

Die Aufenthaltserlaubnis, die u.a. vor Ausweisung wegen Inanspruchnahme von Sozialhilfe schützt, soll nach den Forderungen des Bundesinnenministers erst dann erteilt werden, wenn zusätzlich zu den bisherigen Bedingungen der betreffende Ausländer 5 Jahre lang eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis innegehabt hat.

Die unbefristete Aufenthaltserlaubnis soll an Angehörige der 2. und 3. Ausländergeneration erst dann erteilt werden, wenn sie zusätzlich zu den bisherigen Bedingungen (5-jähriger rechtmäßiger Aufenthalt, einfache deutsche Sprachkenntnisse, ausreichender Wohnraum, Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht) eine eigenständige Sicherung ihres Lebensunterhaltes gewährleisten können und das 25. Lebensjahr vollendet haben.

Unser Kommentar:

Bis jetzt kann ein Ausländer bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen nach 8-jährigem Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Nun müßte er mindestens zehn Jahre auf sie warten.

Bislang können Angehörige der 2. und 3. Ausländergeneration bereits mit 16 Jahren die unbefristete Aufenthaltserlaubnis erlangen; nach der Konzeption des Bundesinnenministers soll dies erst mit 25 Jahren möglich sein.

In äußerster Existenzunsicherheit werden die jungen Ausländer durch die Absicht des Bundesinnenministers Zimmermann gebracht, ihnen nur noch dann die unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, wenn sie eigenständig ihren Lebensunterhalt sichern können.

Dies würde bedeuten, daß auf arbeitslose ausländische Jugendliche massiver Druck ausgeübt würde, die Bundesrepublik zu verlassen. Diesem Druck würden im Falle der Arbeitslosigkeit auch diejenigen ausländischen Jugendlichen ausgesetzt sein, die hier geboren und aufgewachsen sind, 20 Jahre und länger hier leben und deren sämtliche Familienangehörigen hier wohnen. Diese Vorbereitung der Vertreibung arbeitsloser junger Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, zeigt die Brutalität, mit der die heute Regierenden aufgrund eines neuen Ausländergesetzes vorzugehen gedenken. Wir bekommen hier auch ein Beispiel dafür geliefert, wie die heutige Bundesregierung mit Arbeitslosen umzugehen gedenkt.

Das Ausweisungsrecht gegenüber straffällig gewordenen Ausländern soll drastisch verschärft werden, und zwar in folgender Weise:

— IST-Ausweisung in Fällen erheblicher Kriminalität
— REGEL-Ausweisung bei Verurteilung wegen vorsätzlicher Straftat zu mehr als zwei Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung, sowie
— kraft Gesetzes sofortige Vollzieh-

OFFENE ANTWORT von Uli Fischer an die Redaktion der Türkei Information

Liebe Freunde von Türkei Information, Mit Verwunderung habe ich vor einigen Tagen Euren "Offenen Brief an Uli Fischer und die Fraktion der Grünen" in Eurer Ausgabe vom 3.2.84 gelesen. Um auf Kritik reagieren zu können, sollte wenigstens sichergestellt sein, daß sie den Adressaten auch erreicht. Euer "Offener Brief" ist bei uns hier in Bonn jedoch nie eingegangen. War dies nur eine Nachlässigkeit Eurerseits oder beabsichtigt?

Doch dies nur vorweg. Verwundert bin ich nämlich auch, daß Ihr es versäumt habt, den Originaltext des umstrittenen Interviews bei mir anzufordern, bevor Ihr Euch kritisch damit auseinandergesetzt habt. So hättet Ihr Euch nicht nur die Mühe des Übersetzens ersparen können, Ihr hättet es auch vermieden, falsch und an entscheidenden Stellen sinnentstellt zu zitieren.

Das "Interview" in Eurer Zeitung hat nämlich einen komplizierten Weg hinter sich: Zunächst aus dem Deutschen ins Englische übertragen, von NOKTA aus dem Englischen ins Türkische übersetzt (und der türkischen Zensur angepaßt), ist die türkische Fassung schließlich von Euch — möglicherweise nicht ohne ein gehöriges Vorurteil — wieder zurück ins Deutsche gebracht worden.

Herausgekommen ist ein Text, dessen sprachliche Verbiegungen kaum noch zu überbieten sind, und in dem ich meine eigenen Aussagen nicht wieder erkennen würde, wenn mein Name nicht darunter stünde. Weshalb Ihr Euren kritischen Kommentar auf derart verbogenes Material stützt und mir in diesem Zusammenhang sogar eine "menschenfeindliche Haltung" unterstellt, während Ihr jederzeit die Möglichkeit hättet, mit mir direkt über das Interview zu sprechen, bleibt Euer Geheimnis.

Bei keinem der von Euch benannten Kritikpunkte stimmt Eure Übersetzung mit meinen Aussagen überein.

Schade, denn so fällt es mir schwer, mich inhaltlich mit Eurer Kritik auseinanderzusetzen.

Z.B. wißt Ihr genauso gut wie ich, daß die Unternehmer ein spezifi-

sches Interesse an der Beschäftigung ausländischer Arbeiter haben, daß ausländische Arbeiter bevorzugt für Arbeiten eingesetzt werden, die für deutsche Arbeiter wenig attraktiv, bzw. unzumutbar erscheinen (dazu gehören allerdings nach wie vor Müllmänner und Bergarbeiter), daß Unsicherheit des Aufenthaltes und unklare Zukunftsperspektiven die ausländischen Arbeiter in unseliger Weise disziplinieren (und gerade deshalb für Arbeitgeber interessant machen).

Kurzum, die ausländischen Arbeiter und hier vor allem die Türken erfüllen — wie die Frauen — alle Charakteristika einer Reservearmee, wobei soziale Folgelasten, z.B. durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit obendrein mit Hilfe skandalöser Gesetze wie dem "Rückkehrhilfegesetz" aus der Welt geschafft werden können.

Nichts anderes habe ich sinngemäß in meinem Interview mit NOKTA gesagt, und ich bin gerne bereit, mich mit Euch über dieses Thema weiter auseinanderzusetzen, gerade weil ich ganz sicher bin, daß wir in vielen Punkten Übereinstimmung finden würden.

Trotz allem danke ich Euch für Euren Versuch und hoffe, daß die beigelegten "Leitlinien und Diskussionsansätze der Bundesarbeitsgemeinschaft der GRÜNEN zu Immigranten- und Asylfragen", die wir in diesen Tagen herausgebracht haben, helfen, den von Euch beklagten Mangel eines grünen Konzeptes zur Ausländerpolitik ein Stück weit aufzuklären.

Weil ich erwarte, daß wir unsere Auseinandersetzungen auch in Zukunft in kritischer Solidarität führen werden, gehe ich davon aus, daß Ihr diese Erwiderung auf Euren Artikel in Eurer nächsten Nummer an gleicher Stelle veröffentlicht.

Mit freundlichen grünen Grüßen Uli Fischer

Wir danken Uli Fischer für seine Antwort und drücken hiermit unsere Bereitschaft und unsere Hoffnung auf eine Fortsetzung der Diskussionen in kritischer Solidarität aus.

Die Redaktion

Unser Kommentar:

Bisher steht die Ausweisung straf-fällig gewordener ausländischer Mitbürger im Ermessen der Behörde (Kann-Bestimmung). Eine Regelausweisung ist nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundes nur bei strafbaren Handlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz vorgesehen. Eine IST-Ausweisung (schärfste Form: "muß ausgewiesen werden") gibt es bisher nicht.

Bisher setzt eine Ausweisung, die allein auf eine Straftat gestützt wird, eine Verurteilung voraus.

Nach der Konzeption des Bundesinnenministers soll aus den "Kann"-Ausweisungen im Hinblick auf straf-fällig gewordene ausländische Mitbürger die verschärfte Form der Regel-Ausweisung oder gar IST-Ausweisung werden.

Auch die Möglichkeit einer Ausweisung und Abschiebung vor einer gerichtlichen Verurteilung soll geschaffen werden.

Nicht nur diese Verschärfungen der Ausweisungspraxis, sondern auch schon die bisherigen Regelungen lehnen wir auf das entschiedenste ab.

Bei strafbaren Handlungen, die einzelne begehen, muß die Mitschuld der Gesellschaft anerkannt werden. Die straffällig Gewordenen dürfen daher nicht aus der Gesellschaft ausgeschlossen, sondern ihnen muß die Chance der Resozialisierung offen gehalten werden. Die Ausweisung beraubt sie aber ihrer Existenzgrundlagen und ihrer sozialen Beziehungen und nimmt ihnen damit jegliche Resozialisierungschancen. Die Ausweisungspraxis ist dem Gesichtspunkt der Resozialisierung, die dem Straffälligen eine neue Zukunft eröffnen will, diametral entgegengesetzt.

Zudem muß berücksichtigt werden, daß von der Ausweisung eines Menschen in der Regel viele Menschen mitbetroffen werden. Eltern, Ehepartner, Verlobte, Kinder, Freunde werden in Mitleidenschaft gezogen, Familien werden auseinandergerissen, zerrütet und zerstört.

Durch diese Zerstörung von Familien infolge Ausweisung eines Angehörigen verlieren die betroffenen Ausländer oft den einzigen Schutz, der sie in Krisenzeiten vor dem Untergang bewahrt. Dieser Sachverhalt macht die Ausweisung für die Betroffenen zu einer "sozialen Hinrichtung".

Die Ausweisung und Abschiebung wegen Straffälligkeit lehnen wir auch deshalb ab, weil durch sie die betroffenen Ausländer einer Doppelbestrafung ausgesetzt werden: einmal der durch das Gericht ausgesprochenen Strafe und dann der Ausweisung, die in den meisten Fällen die viel härtere Strafe darstellt, weil sie die Betroffenen aus allen sozialen Bindungen herausreißt, sie sehr häufig in ein ihnen fremd gewordenes Land verbannt, in dem sie in der Regel nicht lebensfähig sind. Bei Ausweisung und Abschiebung wird in aller Regel das Gebot von der Verhältnismäßigkeit der Mittel in grausamer Weise verletzt.

Ein neuer Ausweisungsgrund "Abhängigkeit von Heroin oder anderen harten Drogen" soll nach den Vorstellungen des Bundesinnenministers geschaffen werden.

Unser Kommentar:

Diese beabsichtigte Maßnahme zeugt von einer zynischen Menschenverachtung.

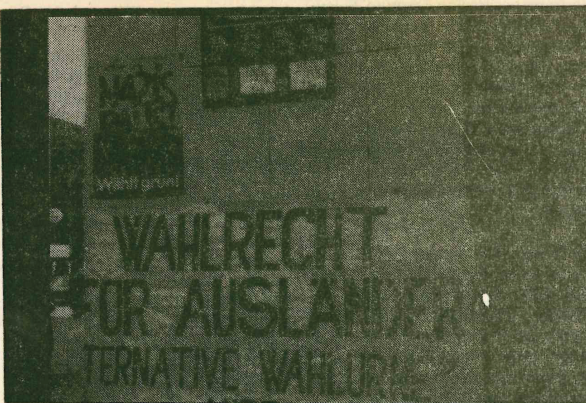
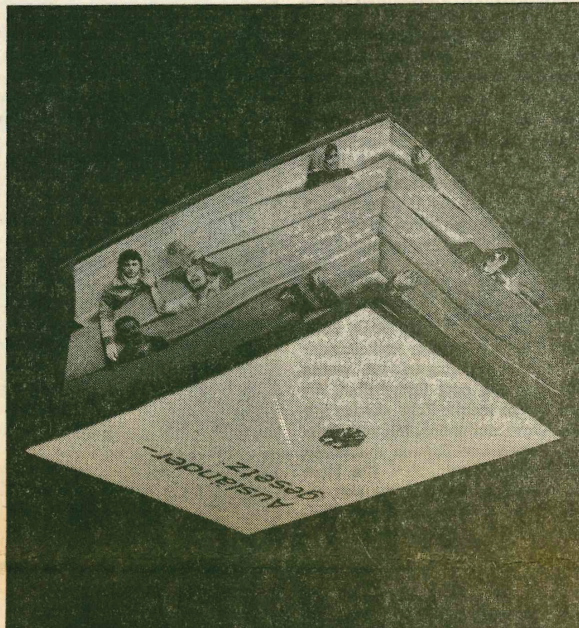
Hier werden die Opfer, nicht die Akteure der Drogenszene getroffen. Drogenabhängige sind Menschen, die der Hilfe bedürfen. Der Bundesinnenminister will ihnen jedoch nicht helfen, sondern er will sie verstossen und damit ihr Unglück endgültig machen.

tig machen.

Das Ausweisungsrecht bei politischer Betätigung soll drastisch verschärft werden. Neu eingeführt wird der Begriff "extremistische Betätigung". Die gesetzliche REGEL-Ausweisung (eventuell: IST-Ausweisung) mit sofortiger Vollziehbarkeit kraft Gesetzes soll vorgenommen werden bei: — Gefährdung der Grundordnung und Sicherheit. — Gewaltanwendung aus politischen Gründen, — Betätigung in verbotenen Vereinigungen, — strafbaren Verstößen gegen das Versammlungs- und Vereinsrecht, —wiederholten Verstößen gegen das Verbot politischer Betätigung.

KANN-Ausweisung bei:

— unerlaubter politischer Betätigung, — Betätigung in extremistischen Vereinigungen,



— politische motivierter Androhung von Gewalt, — sonstigen politisch motivierten Verstößen gegen die Rechtsordnung.

Unser Kommentar:

Durch diese Forderungen des Bundesinnenministers wird die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die Möglichkeit der politischen Betätigung für die ausländischen Mitbürger auf ein Minimum reduziert. Sie werden auf diese Weise politisch nahezu völlig entmündigt.

Beteiligung an Streiks und Betriebsbesetzungen könnte für sie die Ausweisung zur Folge haben. Offensichtlich hat das geplante neue Ausländergesetz gerade auch diesen Zweck, durch die verschärften Ausweisungsdrohungen den Druck auf die ausländischen Arbeitnehmer so zu verstärken, daß bei Arbeitskämpfen die gemeinsame Streikfront und damit die Widerstandskraft der ausländischen und deutschen Arbeitnehmer geschwächt wird.

In Zusammenhang mit der beabsichtigten Verschärfung des Demonstrationsrechtes könnten ausländische Mitbürger auch wegen der Teilnahme an Friedensdemonstrationen mit Entzug der Aufenthaltserlaubnis bedroht werden.

Auch wird es den ausländischen Mitbürgern kaum noch möglich sein, ihren Protest gegen Militärdiktaturen, Folter, Hinrichtungen, Unterdrückung und Ausbeutung in ihren Herkunftsländern zu erheben.

Die Ausweisung aus politischen Gründen kann für Ausländer in ihren Herkunftsländern schwerwiegende Folgen für Leib und Leben haben. Es ist daher unverantwortlich, sie aufgrund der weithin dehnbaren Klauseln, wie sie in der Konzeption des Bundesinnenministers genannt werden, mit der REGEL- oder gar der IST-Ausweisung zu belegen. Die Forderungen des Bundesinnenministers lehnen wir mit aller Ent-

zwecks Zuheirat aus Härtegründen im Rahmen eines jährlich bundesweit festzusetzenden Kontingentes möglich bleiben."

Was den Nachzug von Kindern zu ihren hier lebenden Eltern angeht, soll das Nachzugsalter von gegenwärtig 16 Jahren auf 6 Jahre gesenkt werden.

Unser Kommentar:

Ist das, was hier praktiziert werden soll, Ausdruck der "christlichen Familienfreundlichkeit" der CDU?

Die Einschränkungen für den Ehegattennachzug zu Angehörigen der 2. und 3. Ausländergeneration laufen für viele ausländische Mitbürger auf ein Verbot des ehelichen Zusammenlebens hinaus. Der Staat muß sich hier an, die Freiheit der Ehepartnerwahl aufzuheben. Denn hier lebende ausländische Mitbürger werden gezwungen, darauf zu verzichten, den Partner ihrer Wahl zu heiraten, weil der hiesige Staat das Zusammenleben mit ihm unterbindet.

Schon die jetzige Regelung, nach der Angehörige der 2. Ausländergeneration einen Aufenthalt von 8 Jahren nachweisen müssen, ehe sie ihren Ehepartner nachholen dürfen, ist völlig unverträglich. Sie kann für jungverheiratete Eheleute zu völlig unzumutbaren Trennungszeiten von 4 bis 5 Jahren führen.

Diese Eheleute müssen wählen zwischen Preisgabe der Existenzbasis in der Bundesrepublik und Trennung vom Ehepartner.

Das heißt: die Existenzbasis in der Bundesrepublik kann nur erhalten werden unter dem Preis der Trennung vom Ehegatten; das Zusammenleben mit dem Ehepartner kann nur gewährleistet werden unter dem Preis des Verlustes der Existenzbasis.

Diese Regelung soll nun noch weiter verschärft werden dadurch, daß nur noch denjenigen, die sich einbürgern lassen, der Ehegattennachzug gewährt wird. Das kommt einer Zwangseinbürgerung gleich.

Völlig abwegig sind auch die Absichten des Bundesinnenministers, das Nachzugsalter der Jugendlichen auf 6 Jahre zu senken.

Zur Begründung dieser Absichten werden pädagogische Argumente bemüht: nur, wer in jungen Jahren in die Bundesrepublik einreist, habe eine Chance, den Hauptschulabschluß zu erreichen, ausreichend Deutsch zu lernen, einen Ausbildungsplatz und dann einen Arbeitsplatz zu erhalten.

Dafür, daß dies nicht zwangsläufig so ist, gibt es viele Beispiele von jungen Ausländern, die einen Teil ihrer Schulzeit im Herkunftsland absolviert und dann hier Schule und Lehre erfolgreich durchlaufen haben. Die Aussagen des Bundesinnenministers können also in keiner Weise Allgemeinverbindlichkeit beanspruchen.

Zum anderen bleibt bei dieser Argumentation völlig außer acht, daß die ausländischen Eltern in ihrer Entscheidung, wann sie ihre Kinder nachkommen lassen, nicht frei, sondern von bestimmten Gegebenheiten, wie z.B. einer vorgeschriebenen Wohnungsgröße, abhängig sind. Wenn die vorhandene Wohnung unter Berücksichtigung des Kindes, das aus dem Herkunftsland nachkommen soll, nicht die vorgeschriebene Quadratmeterzahl von mindestens 12 qm pro Person über 6 Jahre alt und mindestens 8 qm pro Person unter 6 Jahre alt aufweist, dann wird der Antrag auf Nachzug des Kindes abgelehnt.

Das bedeutet, daß dann, wenn das Kind, das z. B. in der Türkei lebt, 5 Jahre alt ist, nicht zu seinen in der Bundesrepublik lebenden Eltern nachkommen kann, weil deren Wohnung zu klein ist.

3 Jahre später finden die Eltern eine größere Wohnung, die der vorgeschriebenen Quadratmeterzahl entspricht. Nun aber ist das Kind 8

Jahre alt und dürfte, wenn die Senkung des Nachzugsalters auf 6 Jahre tatsächlich erfolgen würde, nicht mehr zu seinen Eltern einreisen. Die Eltern müßten von ihrem Kind getrennt bleiben.

Es ist völlig deutlich, daß die Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung familientrennend sind und in schwerwiegender Weise Artikel 6 des Grundgesetzes ("Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung") verletzen.

Auch die Schlußakte von Helsinki, nach der "soweit wie möglich die Vereinigung der Wanderarbeiter mit ihren Familien zu fördern" ist, wird mißachtet.

Wir fordern, daß die hier lebenden ausländischen Mitbürger das uneingeschränkte Recht haben müssen, ihre Familienangehörigen nachkommen zu lassen.

Auch die Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung vom Dezember 1981 mit den unzumutbaren Wartezeitregelungen für den Ehegattennachzug zu Angehörigen der 2. Ausländergeneration müssen wieder aufgehoben werden.

Schlußbemerkungen

Die gegenwärtige Ausländerpolitik wird von der extrem nationalistischen Vorstellung bestimmt, daß die Ausländer eine Bedrohung für die Bundesrepublik darstellen. Bundeskanzler Kohl und Bundesinnenminister Zimmermann sprechen dauernd von der "zu großen Zahl der Ausländer", die verringert werden müsse. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte in einer Stellungnahme vom 4. Januar 1984, daß "die Aufnahmefähigkeit der Bundesrepublik erschöpft" sei. Unverkennbar wird hier der Einfluß des berüchtigten "Heidelberger Manifestes" deutlich.

Diese Vorstellungen der heute Regierenden sind im wahrsten Sinne des Wortes reaktionär, sie sind von gestern, nicht auf der Höhe der heutigen Zeit.

Sie verkennen, daß die ausländischen Mitbürger durch ihre Arbeit, Steuerzahlungen, Sozialversicherungsabgaben, Kaufkraft, ihr kulturelles Leben ein fester, nicht mehr wegzudenkender Bestandteil dieser Gesellschaft geworden sind, und Ausländer und Deutsche in der Bundesrepublik untrennbar zusammengehören.

Der nationalistische Standpunkt, nach dem die Bevölkerung der Bundesrepublik sich nur aus Deutschen zusammensetzt, muß endlich aufgegeben werden. Es gilt, anzuerkennen, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik heute aus Deutschen, Türken, Griechen, Jugoslawen, Italienern, Spaniern, Portugiesen, Tunesiern, Marokkanern u.a. gebildet wird. Mehr als die Hälfte der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen lebt heute seit mehr als 10 Jahren in der Bundesrepublik. Sie haben sich hier eine Existenz geschaffen. Ihre Kinder sind zum großen Teil hier geboren und aufgewachsen. Sie besuchen die deutschen Schulen. Zum Herkunftsland ihrer Eltern haben sie oft überhaupt keine Beziehungen mehr. Und auch viele Ausländer der Elterngeneration, die jetzt 10, 12, 15, 20 Jahre hier leben, sind hier heimisch geworden.

Es muß endlich anerkannt werden, daß es sich hier um eine unumkehrbare Einwanderungssituation handelt.

Nicht Abbau der Rechte, wie ihn die Bundesregierung in nationalistischer Verblendung betreibt, sondern Ausbau der Rechte für die ausländischen Mitbürger muß die Devise sein. Wir fordern, endlich eine Politik zu betreiben, die die volle Gleichberechtigung der ausländischen Mitbürger in allen Lebensbereichen (vom sicheren Daueraufenthaltsrecht, über das Recht, mit den Familienangehörigen zusammenzuleben, bis hin zum Wahlrecht) verwirklicht!

DIE TÜRKEI UND DIE DEMOKRATIE:

Der Lehrer, Enver Karagöz, Mitglied des Vorstandes des TÖB-DER, berichtet:

Ich bin im Jahre 1948 im Bezirk Sivas/Artvin geboren. Nach einer Ausbildung, in der mir die Ausweglosigkeit des Menschen bewußt wurde, und die darauf zielte, alle guten und schönen Seiten des Menschen zu vernichten, machte ich mein Lehrerexamen. Meine Schul- und Hochschulzeit verbrachte ich sowohl unter dieser reaktionären Ausbildung, als auch in unbeschreiblicher Armut. Als ich im Jahre 1970 in Sivas/Artvin meine Tätigkeit als Lehrer aufnahm, konnte ich sehen, daß sich meine Schüler in der gleichen ausweglosen Lage befanden, wie ich selbst während meines Studiums. Meine Schüler sahen die einzige Lösung für die Befreiung aus ihrer Situation in ihrer Ausbildung. Sie waren aber mit der reaktionären Erziehungspolitik des Staates konfrontiert. Ich hatte eine Ausbildung gehabt, die mich der Gesellschaft, aus der ich kam, und ihrer Probleme entfremdete und alle meine Begabungen vernichtete. Ich war mir bewußt, daß ich mich auf einem neuen, leidvollen Weg befand.

10 Jahre lang übte ich meine Lehrtätigkeit aus. Ich beteiligte mich an dem organisierten Kampf der Lehrer für mehr soziale und demokratische Rechte. Obwohl durch die Gesetze legalisiert, wurde die Mitgliedschaft im TÖB-DER (Lehrervereinigung der Türkei) auch von einigen Regierungen vor dem 12. September 1980 nicht positiv angesehen. Nach der Machtübernahme der faschistischen Junta am 12.9.1980 wurde diese Mitgliedschaft als ein grober Verstoß gegen das Gesetz angesehen. Die Tätigkeit im Vorsitz des TÖB-DER wurde als noch größerer Verstoß gegen das Gesetz betrachtet. Allein aus diesem Grund wurde ich am Morgen des 12.9.1980 zusammen mit meiner Frau aus meinem Haus geholt. Die Sicherheitsbeamten, die bei einer Durchsuchung in meiner Wohnung nichts fanden, das gegen die Gesetze verstoßen hätte, füllten zwei Koffer mit meinen Büchern und brachten uns zum Polizeipräsidium. An diesem und den darauffolgenden Tagen brachten die Sicherheitsbeamten schwangere Frauen, Kinder, Lehrer und viele andere Menschen ins Präsidium und sammelten sie in Sälen. Ich wurde dort 5 Tage lang ohne Essen und ohne Schlaf festgehalten. Sie wollten meine physische Widerstandskraft durch Folter brechen. So verbanden sie meine Augen und brachten mich in die Folterkammer. Dort forderten sie mich auf, mich auszuziehen, ohne etwas anderes zu fragen. Als ich mich weigerte, zogen sie mich gewaltsam aus. An meine Zehen schlossen sie Kabel an und ließen elektrischen Strom hindurchfließen. Mit Eimern schütteten sie kaltes Wasser auf meinen Körper. Diese Methode dauerte die ganze Nacht an. Gegen Morgen zogen sie mich wieder an und fesselten mich mit Handschellen an ein Heizungsrohr. Sie hatten mich in einer Weise angebanden, daß ich mich nicht setzen konnte. So mußte ich mehrere Tage verbringen. Jeder der vorbeikam, trat, schlug und beschimpfte mich. Sie brachten mich von neuem in die Folterkammer. Sie fragten mich nach mir unbekannt Namen und wollten mich zwingen, zuzugeben, daß ich Kontakt zu diesen Personen aufgenommen hätte und Mitglied einer illegalen Organisation sei. Als ich nicht tat, was sie wollten, zogen sie mich wieder aus und gaben an verschiedenen Stellen meines Körpers elektrischen Strom. Nach dieser Folter legten sie mich auf die Bastonnade. Meine Fußsohlen schwellen an, und mein Körper war voller Wunden.

Sie fesselten mich wieder an das Heizungsrohr. Einmal in der Woche gaben sie mir trockenes Brot. In der Zeit, in der ich so gefesselt war, hatte ich keine Möglichkeit, zu sitzen und zu schlafen. Meine Augen waren ständig verbunden. Ich konnte die Schreie der anderen Menschen, der Frauen und Kinder, die gefoltert wurden, hören. Ich kann noch immer nicht das Flehen einer schwangeren Kollegin, die ich an ihrer Stimme erkannte, vergessen: sie bat die Beamten, ihrem Kind nichts anzutun. Als sie meinen Arm losbanden und mich wieder abholten, fiel ich wie ein leerer Sack hin. Sie schleiften mich über den Boden und brachten mich mit einem Militärfahrzeug an das Ufer eines Flusses. Dort drohten sie mir, mich in den Fluß zu werfen und dann anzugeben, ich sei bei einem Fluchtversuch im Fluß ertrunken. Sie steckten mich ins Wasser und holten mich wieder heraus. Sie schossen dicht neben meine Füße und drohten, mich zu töten. Danach brachten sie mich zurück in die Folterkammer. Aus der Nähe konnte ich die Schreie meiner Frau hören. Sie zogen meine Kleider aus und begannen wieder, elektrischen Strom durch meinen Körper zu leiten. Ein Kabel schlossen sie an einen Zeh, ein anderes an mein Ohrfläppchen und eines an verschiedene Körperstellen, und sie versuchten auch, ein Kabel an mein Geschlechtsorgan anzuschließen. Nach dieser Folter legten sie mich erneut auf die Bastonnade. Ich spürte, wie meine Fußsohlen platzen. Nun verspürte ich nicht mehr so viele Schmerzen, wie in den ersten Tagen. Auch sie hatten das bemerkt. Sie brachten meine Frau zu mir. Sie dohten, meine Frau nackt auszuziehen und sie zu vergewaltigen, wenn ich nichts über die Namen, nach denen sie mich ständig fragten, sagen würde. Nach diesen Folterungen, die bis zum Morgen andauerten, öffneten sie gewaltsam meinen Mund, als ich halb bewußtlos war, und gossen heißes Wasser hinein. Diese Folter mit dem heißen Wasser wurde später öfters wiederholt. Sofort danach brachten sie mich zur Toilette. Meine Hände und Beine waren gefesselt, ich war nackt. Sie legten mich auf den Boden mit dem Mund auf dem Abflußloch, drehten den Wasserhahn auf und ließen kaltes Wasser auf meinen Rücken laufen. So ließen sie mich dort liegen. Ich weiß nicht, wie lang ich so dalag. Später kamen sie wieder und zogen mich an, ich konnte nicht auftreten, so schleiften sie mich weg und fesselten mich wieder an das Heizungsrohr, aber diesmal so, daß ich sitzen konnte. Meine Füße waren nackt. Meine Schuhe und meine Unterwäsche hatte ich vor einiger Zeit verloren. Meine Augen waren immer noch verbunden. Mit den Händen versuchte ich, die Größe der Wunden an meinen Füßen festzustellen. 40 Tage lang wurde ich in der Gendarmeriekommandantur von Artvin festgehalten und mit den oben beschriebenen Methoden gefoltert. Als sie erfuhren, daß wir nach Erzurum gebracht werden sollten, versuchten sie in den letzten Tagen, die Foltermerkmale und Brandwunden zu heilen. Ich konnte jedoch nicht in so kurzer Zeit geheilt werden. Da ich nicht laufen konnte, erlaubten sie mir, Stützen zu tragen. Auf der Fahrt nach Erzurum wurden wir unentwegt geprügelt und beschimpft. Die Polizisten und Soldaten sagten, daß sich von nun an niemand gegen sie stellen könne, und daß sie uns töten würden. Zusammen mit mir befanden sich im Wagen eine Lehrerin, ein pensionierter Arbeiter, zwei pensionierte Lehrer und Kollegen aus der

gleichen Schule wie ich. Alle waren schwer gefoltert worden. Die Lehrerin wurde einige Male bewußtlos, noch nicht einmal dann wurden ihre Handschellen gelöst. Wir waren 16 Freunde. Ich nahm an, daß sie uns in Erzurum dem Gefängnis übergeben würden. Dies war jedoch nicht so.

WEITERE VERHÖRE

Der Kommandant der Garnison, die uns nach Erzurum brachte, übergab dem Hauptmann Ahmet BULUT, stellvertretende Staatsanwalt der 9. Kriegsrückkommandantur, ein Couvert. Der Hauptmann, der den Brief las, sagte, man solle uns zum Straßenverkehrsamt der Region bringen. Ich hatte gehört, daß sich dort das Folterzentrum der Region Erzurum befand. Wir wurden einzeln in die Zellen im Untergeschoß des Gebäudes eingeschlossen. Wir konnten die Schreie der Gefolterten aus den oberen Etagen hören. In dem Gebäude am Fuß des Berges Palandöken wurden die Fortschrittlichen aus Erzurum, Kars, Agri und Artvin zum zweiten Mal verhört, und es war aus diesem Grund völlig überfüllt. Sie brachten alle nacheinander in die Folterkammer. Ich wurde 30 Tage lang dort festgehalten. An der Tür zu meiner Zelle wurden mir die Augen verbunden. Mit verbundenen Augen und Stützen mußte ich die Treppen hochlaufen. Die Haut unter meinen Füßen hatte sich gelöst. Da dies meine schwächste Stelle war, schlugen sie mich nun insbesondere dort mit Gummiknüppeln und gaben mir wieder Elektroschocks. Sie hängten mich auch auf (sog. Palästinensische Methode). In meiner Zelle befand sich der DISK-Vertreter der Region Erzurum, Süleyman TURAN. Auch er wurde schwer gefoltert. Im Schlaf schrie er immer nur: "Hört auf! Hört auf!" Einmal am Tag gaben sie uns Weizengrütze mit Steinen darin, und einmal am Tag konnten wir auf die Toilette gehen. Die Folter hier dauerte 30 Tage.

Auch in den Gefängnissen ist es nicht anders

70 Tage nach meiner Verhaftung wurde ich in das 2. Militärgefängnis von Erzurum überstellt. Auch die dortigen Methoden waren nicht anders als im Polizeipräsidium. Vom Sitzen oder Rauchen bis hin zum Gespräch mit anderen in der Zelle erforderte alles eine besondere Erlaubnis. Diejenigen, die sich nicht danach richteten, wurden auf die Bastonnade gelegt, mit Knüppeln geschlagen und in Einzelzellen verlegt. Wir wurden gezwungen, militärische Übungen zu machen und bis zum Abend stehend in den Zellen Märsche zu singen. Eine halbe Stunde am Tag wurden wir an die frische Luft gebracht, wovon 15 Minuten für die militärischen Übungen und die restliche Zeit für den Toilettengang verwendet wurden. Einige mußten wieder in die Zellen ohne daß sie hätten auf die Toilette gehen können und durften bis zum nächsten Tag nicht auf die Toilette. In meiner Zelle waren insgesamt 56 Personen untergebracht. Wir teilten uns die Zelle mit 3 pensionierten Lehrern, die über 50 Jahre alt waren, mit 2 Dorfvorstehern, mit TÖB-DER-Lehrern und 12 Kindern, die unter 15 Jahre alt waren. Alle wurden beschuldigt, Mitglieder einer illegalen Organisation zu sein. Alle 14 Tage einmal wurden Besucher zugelassen. Manchmal wurde die Besuchszeit abgebrochen, noch ehe man sich

Verhaftung-FOLTER Verhör-FOLTER Gefängnis-FOLTER Prozeß-FOLTER



Spuren von Folterungen, die drei Jahre zurückliegen!

begrüßen konnte. Während der Besuchszeit wurden wir gezwungen, militärische Haltung einzunehmen und durften unsere Arme und Hände nicht bewegen. Diejenigen, die sich dem widersetzen, durften nicht mehr mit ihren Besuchern sprechen und wurden unter Prügeln in ihre Zellen zurückgebracht. Die von Besuchern mitgebrachten Sachen durften wir nicht annehmen. Sogar das Geld wurde nur unter der Bedingung angenommen, daß es mit der Post geschickt wurde. Am 4. Dezember 1980 wurde ich für eine Aussage zum Militärstaatsanwalt gebracht. Immer noch mußte ich mit Unterarmstützen laufen. Ich sagte, daß ich gefoltert worden war und forderte den Staatsanwalt auf, mich in ein Krankenhaus einzuweisen, damit die Folter amtlich bestätigt werden könnte. Ich teilte ihm auch die Namen der Folterer mit und forderte ihn auf, eine Untersuchung gegen diese einzuleiten. Der Militärstaatsanwalt Major Seyfettin sagte mir: "Ich bin gegen Folter. Ich sehe, daß du gefoltert worden bist, aber ich kann keine Untersuchung gegen die Folterer einleiten. Die Einlieferung in ein Krankenhaus wurde von der Kriegsrückkommandantur verboten. Ich kann nichts tun." Er konnte tatsächlich nichts tun, denn der kleinste Beleg, der ein Beweis für die Folter sein könnte, wurde von der faschistischen Junta verboten. Ein diesbezüglicher Erlaß wurde an die Krankenhäuser, die Militärstaatsanwaltschaften, an die Gerichte gesandt. Der kleinste Versuch, Foltvorwürfe zu beweisen, sollte demnach verboten sein. Wie Tausende Fortschrittliche, die durch die Folterungen bei den Verhören und in den Gefängnissen zu Krüppeln wurden, habe auch ich noch immer nicht die Möglichkeit finden können, die

Folterungen feststellen zu lassen. In der Militärkommandantur von Artvin, wo auch ich verhört wurde, wurden die TÖB-DER-Mitglieder Cengiz AKSAKAL und Enser KARAHAN durch Folter ermordet. Der Chef der faschistischen Junta, Kenan Evren, ehrte die Folterer mit besonderen Auszeichnungen: der Oberst Selcuk SAKA, stellvertretender Kriegsrückkommandant, der die Folterungen leitete, wurde zum Brigadekommandeur ernannt, der Major Ahmet SELEC zum Oberstleutnant, der Leutnant Ferit ILDIRAR zum Hauptmann befördert. Die anderen an den Folterungen Beteiligten wurden in ähnlicher Weise ausgezeichnet. Das ist das wahre Verhalten der faschistischen Junta gegenüber der Folter und den dafür Verantwortlichen.

Dies mußte Hauptmann Ali Riza SUNAY, einer der Militärstaatsanwälte der 9. Kriegsrückkommandantur des 1. Militärgerichts später, bei Beginn der Verhandlungen, vor nahezu 500 Angeklagten offen zugeben.

Im Januar 1981 wollte ich mehrmals wegen Schwellungen meines Halses und Stimmstörungen ins Krankenhaus. Da die Folterspuren an meinem Körper aber noch nicht verheilt waren und man deswegen befürchtete, ich könne ein Attest bekommen, durfte ich nicht ins Krankenhaus. Es wurde gesagt, die Schwellungen und der Stimmverlust seien durch die Mandeln und durch eine Erkältung hervorgerufen worden. Durch den Druck meines Rechtsanwaltes und meiner Familien wurde ich dann doch ins Krankenhaus eingeliefert.

Im März 1981 wurde ein Befund auf Kehlkopfkrebs gestellt. Durch die intensiven Bemühungen einiger Bekannter blieb ich 2 Monate im Krankenhaus. Es hieß, es gäbe keine Möglichkeit der Behandlung. Die einzigen vorhandenen Möglichkeiten wurden durch den Einsatz meiner Bekannten genutzt. Auch das Krankenhaus zeigte keinen Unterschied zur Gefängniszelle. Die Kranken, die inhaftiert waren, wurden, ohne gesund zu werden, wieder ins Gefängnis zurückgeschickt, weil sie nicht behandelt wurden. Die meisten von ihnen waren an Tuberkulose erkrankt, die sie sich im Gefängnis zugezogen hatten. Im Krankenhaus waren wir zu 10 Personen in einer Zelle für 4 Personen untergebracht. Manchmal wurden sogar die Krankenschwestern, die uns Medikamente geben wollten, an der Tür von den Sicherheitsbeamten zurückgeschickt. Bevor ich vom Militärkrankenhaus Gölhane/Ankara ins Gefängnis zurückgeschickt wurde, bekam ich ein Attest über meinen gesundheitlichen Zustand. Diesen Beleg übergab ich dem Militärstaatsanwalt, als ich nach Erzurum zurückkam und bat ihn, ihn der Akte beizufügen.

Auch die Gerichte unternehmen nichts

1,5 Jahre nach meiner Verhaftung wurde ich vor Gericht gestellt. Die Unterdrückung und die Folterungen in den Gefängnissen wurden mit aller Stärke fortgesetzt. Während meines Verhörs vor Gericht erzählte ich darüber und forderte das Gericht auf, Maßnahmen dagegen einzuleiten. Mehrere Freunde zeigten frische Folterspuren, Schwellungen an ihren Körpern und forderten das Gericht auf, Maßnahmen zu ergreifen. Der Militärstaatsanwalt Ali Riza SUNAY sagte zu mir: "Die Personen, die er (er meinte mich) beschuldigt, sie hätten gefoltert, wurden von Kenan Evren persönlich wegen wertvoller Dienste ausgezeichnet. Ich kann nichts gegen diese Personen unternehmen." In Anbetracht der Tatsache, daß täglich Angeklagte kamen und ihre Folterspuren zeigten, sagte nach dem Militärstaatsanwalt der Richter: "Wir klagen hier Euch

an, nicht die Foltervorwürfe. Wenn gefoltert wird, wendet Euch an die Kriegsverfahrenskommandatur. Wenn hier jemand das Wort 'Folter' in den Mund nimmt, werde ich ihn aus dem Gerichtssaal hinauswerfen. Ihr werdet nicht mehr vor Gericht kommen dürfen. Unser Gericht interessiert sich nicht für Eure Folterungen." In der Tat wurden Freunde, die über die erlittenen Folterungen aussagten und die Spuren zeigten, aus dem Gerichtssaal entfernt. Außerdem wurden sie zu 10-1 Tagen Einzelhaft verurteilt, da sie gegen die Disziplin im Gerichtssaal verstoßen hätten. Der Richter war aber durch den Druck der Angeklagten gezwungen, die Aussagen über die Folterungen in das Verhandlungsprotokoll aufzunehmen. Bei näherer Untersuchung der Anklageschrift gegen Devrimci Yol - Artvin, wo ich mitangeklagt bin, kann man das öfter folgende Aussagen lesen: "Man konnte sehen, daß sein Auge geschwollen ist", "man konnte sehen, daß seine Augenbrauen geplatzt sind", "man konnte sehen, daß er seine abgebrochenen Zähne vorlegte". Diese Aussagen in den Anklageschriften selbst können den Vertretern der Türkischen Republik als Beweise für die Folter vorgelegt werden, die behaupten, es gäbe keine Folter. All dies sind Belege, die zeigen, daß die Folter offizielle Politik des Staates ist.

Über die Prozesse

Nun möchte ich kurz über das Verhandlungssystem in der Türkei schreiben. Die meisten Beweise, die heute bei den politischen Prozessen als Grundlage genommen werden, sind abstrakte Erkenntnisse, welche auf Aussagen basieren, die durch Folter bei den Polizeiverhören erzwungen wurden. Alle Beweise wurden durch Folter erbracht. Aber die vorhandenen Gesetze schreiben vor, daß Beweise, welche durch Folter erbracht wurden, nicht allein für eine Verurteilung ausreichen. Die Praxis widerspricht diesem Grundsatz. Man kann heute keinen politischen Gefangenen finden, der nicht nach seiner Festnahme gefoltert worden wäre. Fortschrittliche, demokratische Menschen und Menschen, die keine bestimmte politische Meinung haben, wurden als Zeugen zu Polizeipräsidiolen vorgeladen und kamen nicht mehr heraus, da sie nun selber auch zu Angeklagten wurden. Obwohl die Richter, die die Prozesse leiten, sich dieser Lage bewußt sind, zwingen sie die Angeklagten, ihre bei den Polizeiverhören gemachten Aussagen zu wiederholen und auch nur dementsprechend auszusagen. Viele Freunde, die vor Gericht ihre im Polizeipräsidium gemachte Aussage revidieren, werden von der Gefängnisleitung gefoltert. Sie werden ins Polizeipräsidium zurückgebracht und gezwungen, ihre früheren Aussagen zu wiederholen. Obwohl ich körperlich krank war und an die 3 Jahre im Gefängnis verbrachte, wurde ich am 30. August 1983 zusammen mit zwei Freunden aus dem Gefängnis abgeholt und in das Polizeipräsidium gebracht. Ich wurde gezwungen, eine Straftat, die ein anderer Angeklagter unter der Folter mir zugeschrieben hatte, zuzugeben. Ich wurde 3 Tage lang gefoltert. Innerhalb der drei Jahre, die ich im Gefängnis verbrachte, hatten sich die Methoden nicht geändert - oder es kam mir nur so vor, da wir im Gefängnis unter ähnlichen Bedingungen lebten. Einige Repressionen werden in den Gerichten, von den Richtern und Staatsanwälten, durchgeführt. Das Gericht unterdrückt die Angeklagten bei ihren Aussagen, indem es sie mit bewaffneten Soldaten umzingelt. Wenn das Gericht einen Widerspruch zwischen den Aussagen vor der Polizei und denen vor Gericht sieht, droht es den Angeklagten sofort mit erneuter Verhaftung. In dem Prozeß, in dem auch ich angeklagt bin, wurden mehrere Angeklagte verhaftet,

weil sie vor Gericht die Wahrheit ausgesagt haben. Unter ihnen befinden sich z.B. auch Mütter, die Kinder von drei Monaten haben. Ihnen wurde gesagt, sie würden freigelassen, nur unter der Bedingung, daß sie ihre vor der Polizei gemachte Aussagen vor Gericht wiederholen. Menschen, die vor der Alternative stehen, entweder mit ihrem 3 Monate alten Kind zusammenzubleiben oder ins Gefängnis zu gehen, haben sich natürlich für ihr Kind entschieden. Sie waren alles Menschen, die keine bestimmte politische Richtung haben. Bei der Vernehmung der Angeklagten wurden viele eingeschüchtert und waren gezwungen, zu lügen, da einige Angeklagte, die zuerst ausgesagt hatten, verhaftet wurden. Einige MHP-Mitglieder wurden als freiwillige Zeugen geladen. Die Gerichte bestimmten das von diesen Gesagte als die Wahrheit und beabsichtigten so, die Angeklagten zu bestrafen. Trotz all dieser antidemokratischen Methoden der Gerichte, wurden viele Freunde aus dem Verhandlungssaal entfernt, da sie auf der Wahrheit bestanden. Personen, die zweimal aus dem Verhandlungssaal geworfen wurden, weil sie mit ihren Freunden gesprochen hatten und die Hände nicht auf die Knie gelegt hatten, werden nicht mehr zur Verhandlung zugelassen. So wird heute gegen Tausende Menschen verhandelt, die nicht an der Verhandlung teilnehmen und somit keine

Gelegenheit mehr haben, ihr Recht auf Verteidigung selbst wahrzunehmen. Kurz gesagt unternehmen die Gerichte heute nichts anderes, als die Folter zu legalisieren und die Folter zu unterstützen, zu motivieren. Die Tatsache, daß die Folter in den Gefängnissen auch heute fortgesetzt wird, zeigt, daß die Gerichte die Folter als offizielle Staatspolitik akzeptieren. Wenn man diese Prozeßführung und ihre Ergebnisse, die Urteile, als legal bezeichnet, unterstützt man offen den Faschismus.

Im August 1983 fand im Militärgefängnis Erzurum, in dem ich mich befand, wie auch in vielen anderen Gefängnissen, ein Hungerstreik der politischen Gefangenen statt, um gegen die Folter und Unterdrückung zu protestieren. Alle offiziellen Institutionen und Personen des Landes hatten die letzten drei Jahre offen dargelegt, daß sie die Folter gutheißten. Die Alternative für die Gefangenen war, entweder die Folter zu akzeptieren, die die Würde des Menschen Tag für Tag mit Füßen tritt, oder das Recht auf Leben und die Menschenwürde zu verteidigen. Der Hungerstreik ist nichts anderes als die Wahl unter diesen Alternativen, vor die uns das Leben stellt. Die Fortschrittlichen, die Demokraten werden sicherlich trotz jeglicher Unterdrückung einen Weg finden, ein würdevolles Leben zu gestalten.

In dem Gefängnis, in dem ich inhaftiert war, wurden vor dem Hungerstreik folgende Methoden angewandt:

- Jeden Tag wurden wir Zelle für Zelle hinausgebracht und verprügelt. Dies wurde damit begründet, daß wir bei der Zählung keine militärische Haltung eingenommen hätten. Diejenigen, die bei diesen Prügeleien Widerstand leisteten, wurden in die Folterkammer gebracht, mit Sandsäcken geschlagen und in Einzelhaft gesteckt.
- Wir wurden eine halbe Stunde am Tag an die frische Luft gebracht. Aber oft wurde das auch nicht eingehalten. An den Tagen, an denen wir hinausgebracht wurden, wurden wir gezwungen, militärische Übungen zu machen und Märsche zu singen.
- Die Anklageschrift, Papier und Schreibzeug wurden uns abgenommen.
- Radio, Fernsehen, Bücher und Zeitungen waren verboten.
- Alle 14 Tage war Besuchstermin. Manchmal wurden wir vor den Augen unserer Verwandten verprügelt, ohne mit ihnen sprechen zu können. Nichts, was wir benötigten, durfte von außen mitgebracht werden.
- Die Anträge, die wir durch die Gefängnisleitung an das Gericht oder an die Kriegsverfahrenskommandatur senden wollten, wurden nicht weitergeleitet.
- Ich kannte kranke Freunde. Sie wurden nicht zum Arzt geschickt, und ihnen wurde verboten, mit ihrem eigenen Geld Medikamente zu kaufen. Einige von ihnen hatten Tuberkulose. Die meisten von ihnen hatten Behinderungen durch die Folter, wurden jedoch weiterhin gefoltert.
- Kazim Köroglu, einer der führenden Mitglieder des TÖB-DER in Sivas, der seit 24 Jahren Lehrer ist, kann durch die Folter seinen Arm nicht mehr bewegen, die Haut an seinem Kopf ist abgetragen, er hat einen hohen Blutdruck. Trotzdem wurde er nicht medizinisch versorgt.
- Tümay Turukan wurde durch Folter am Arm behindert und leidet an Tuberkulose.
- Ali Ceylan leidet an Tuberkulose.
- Erdem Aydin leidet an akuten Vereiterungen des Darmes und der inneren Organe. Trotzdem wurde er nicht medizinisch versorgt.
- Naim Karadag leidet nach der Folter an seelischen Störungen. Er hat einen hohen Bluteanteil im Urin und leidet an Tuberkulose.
- Namik Kemal Özarslantürk leidet an akuter Tuberkulose, er durfte keine Medikamente einnehmen.
- Güzel Sahin Kaya kann seine Arme nach der Folter nicht bewegen. Er ist am Bein halb gelähmt und wird nicht medizinisch versorgt.
- Menderes Kocak leidet an Tuberkulose, er wird nicht medizinisch versorgt.
- Gaffar Demir, Yusuf Akay, Halil Aksoy, Dursun Ali Küçük, Seyfi Turan, Recep Önder, Süreyya Aydin und Hunderte politische Gefangene, an deren Namen ich mich im Augenblick nicht erinnern kann, sind durch die Folterungen zu Krüppeln geworden und werden nicht medizinisch versorgt.

in der Umgebung des Gefängnisses öffentlich verbrannt. Nach dem 11-monatigen Hungerstreik versprach die Gefängnisleitung, auch durch den Druck der Angehörigen der politischen Gefangenen, die Folterungen einzustellen. Auch einige Verhältnisse im Gefängnis sollten verändert werden. Der Hungerstreik wurde somit abgebrochen. Aber nach zwei Wochen begann die Gefängnisleitung mit noch größerer Vehemenz wiederum mit den Folterungen. Die Besuchstage ausgenommen wurden täglich alle Zellen einzeln und reihenweise herausgeholt und verprügelt. Viele neue Zellen wurden gebaut. Entweder wurden wir mit Sandsäcken verprügelt oder auch an Stellen geschlagen, die wir vor Gericht nicht zeigen konnten. So wollten sie die Aussagen über die Folter vor Gericht verhindern. Trotzdem haben wir vor Gericht Hosen und Unterhosen ausgezogen und dem Gericht die geschlagenen Stellen, besonders am Gesäß, gezeigt. Die geschilderten Maßnahmen und Folterungen wurden bis zu meiner Freilassung am 3. Januar 1984 fortgesetzt.

Auch nach den Wahlen vom 6. November 1983 hat sich bezüglich dieser Maßnahmen nichts geändert. Ich möchte heute, wo in der Türkei über den Übergang zur Demokratie diskutiert wird, auf folgendes hinweisen: Die Folter wird in der Türkei als offizielle Politik des Staates praktiziert, und allem Anschein nach wird das auch heute fortgesetzt. Die Regierung der Türkei versucht hier, der Weltöffentlichkeit etwas vorzutäuschen. Wenn die Folter wirklich als eine Schande für die Menschheit angesehen wird, muß mit allen Mitteln dagegen gekämpft werden. Mit diplomatischen Höflichkeitsregeln ist es nicht möglich, von den offiziellen Bediensteten des Staates etwas über die Folter zu erfahren. Der Chef der faschistischen Generale, Kenan Evren, belügt in dieser Hinsicht die ganze Welt. Ebenso Ministerpräsident Turgut Özal. Es ist undenkbar zu erwarten, daß diese oder andere offizielle Personen offen sagen, sie seien für die Folter und Repression. In der Türkei wurde ein großer Teil der Bevölkerung gefoltert. Hunderte wurden durch die Folter ermordet, Tausende verkrüppelt. Die Gefolterten haben keine Möglichkeit, über ihre Leiden zu reden. Die Dorfplätze, die Militärstützpunkte, Polizei- und Gendarmeriestationen, Polizeipräsidiolen, spezielle Verhörbüros und die Gefängnisse sind Orte der Folter. An diesen Orten muß man die Foltervorwürfe untersuchen. Ich weiß aus der Nähe, daß die Aktivitäten für die Aufdeckung der Folter, die in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik unternommen werden, sehr positive Ergebnisse haben. Zehntausende von Fortschrittlichen in den Gefängnissen der Türkei wissen, daß die Folter nur mit dem Volk gemeinsam und durch die eigene Kraft aufgehoben werden kann. Aber sie brauchen die direkte Unterstützung der Weltöffentlichkeit. Diese muß hier gewährleistet werden. Diese Unterstützung darf nicht nur im Rahmen von Einzelpersonen und -institutionen bleiben, sondern sollte von den Regierungen selbst getragen werden. Alle öffentlichen Mittel und Institutionen in den verschiedenen Ländern sollten Stellung beziehen und ihre eigenen Regierungen zu einer Stellungnahme bewegen. Der Kampf gegen die Folter, dieser grobe Verstoß gegen die Menschenrechte und die gewerkschaftlichen Rechte, wird in der Türkei auch weiterhin als wichtigster Punkt gelten. Unter diesen Voraussetzungen ist es entweder Naivität oder das Akzeptieren der Folter, wenn man den Lügen über den Übergang zur Demokratie Glauben schenkt. Die faschistischen Folterer und diejenigen, die sie unterstützen, werden sich ihrer Verantwortung vor der Geschichte nicht entziehen können.



1980-Enver Karagöz



1984- Enver Karagöz

Im August 1983 wurde der Hungerstreik durchgeführt, um diese Situation zu verändern und gegen die Folter zu protestieren. Am Ende der ersten Woche des Hungerstreiks führte die Gefängnisleitung mit Unterstützung der Polizei und der Kommandos einen Angriff. Sie warfen Tränengasbomben in die Zellen und zwangen so die Gefangenen, herauszukommen. Draußen wurden wir stundenlang von der Polizei und den Soldaten verprügelt. Wir wurden gezwungen, den Hungerstreik abzubrechen. Von der Unterwäsche, den Zahnbürsten bis hin zu unseren persönlichen Sachen wurde alles eingezogen. Diese Sachen wurden später vom Gefängnisdirektor Oberstleutnant Remzi İpekcioglu persönlich vor den Augen der Wohnbevölkerung

Nach einer großen Zeit der gesellschaftlichen Opposition Ende der 70er Jahre scheint die Linke in der Türkei nach dem Putsch vom 12. September 1980 "in der Versenkung verschwunden" zu sein. Ihr aus den Kämpfen mit den Zivilfaschisten, in Gestalt der 'Grauen Wölfe' herrührender Kampf- und Organisationsverständnis reicht nicht aus, um auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen einer militärisch/zivilen Gewalt Herrschaft eine Antwort zu geben.

Die gesamte sozialistische Bewegung hat nicht nur in personeller und organisatorischer Hinsicht schwere Einbußen erlitten, ihre Niederlage umfaßt auch den gesamten politischen, ideologischen und sozialen Hintergrund ihrer Erscheinungsform Ende der 70er Jahre. Selbstkritik und Neubesinnung haben teilweise schon eingesetzt, es muß aber eine ganz neue Perspektive gefunden werden, wenn die Linke wieder zu einer gesellschaftlich relevanten Größe heranwachsen will. Perspektiven für die Zukunft können mit einer gründlichen Analyse der Vergangenheit entwickelt werden, allerdings nicht in der Form einer einfachen Negierung der historischen Erfahrungen.

Die Schwierigkeiten bei der Wiedergabe des Diskussionsstandes unter den Linken aus der Türkei sind dabei nicht nur rein sprachlicher Natur. Die Erwartungshaltung in der westlichen Öffentlichkeit geht eher in Richtung auf eine analytische Vorgehensweise, während in der Vorstellungswelt der 'Orientalen' eher die Einordnung eines Aspektes in das Ganze vorherrscht. Um die in diesem Artikel angesprochenen Punkte zu verstehen, braucht der Leser eine ganze Reihe von Hintergrundinformationen, die wir im notwendigen Rahmen auch versucht haben zu geben. Der Artikel stellt aber keine abgeschlossene Geschichte dar und behält sich vor, einen Diskussionsprozeß in Gang zu setzen, in dessen Verlauf sicherlich einige der angesprochenen Punkte noch stärker differenziert werden müssen.

Ausgehend von einer Schilderung der Linken in der Türkei vor dem Putsch, die zwangsläufig oberflächlich bleiben muß, versuchen wir die Gründe für die Niederlage zu nennen, um daraus Ansatzpunkte für eine neue Perspektive der Linken aufzuzeigen.

I. Lage der Linken vor dem Putsch

I.1. Erscheinungsform der Linken: Organisationsvielfalt

Trotz riesiger Massendemonstrationen in den 70er Jahren war unverkennbar, daß ein schweres Hindernis für eine Machtentfaltung der Linken in ihrer Organisationsvielfalt lag. Neben den meist beruflich organisierten Massenorganisationen, in denen sich teilweise diese ideologische Vielfalt widerspiegelte, existierten ungeheuer viele Gruppen, die zwar häufig den gleichen Ursprung hatten, aber sich gerade deswegen umso schärfer befehdeten.

Das Schaubild, das wir hier zur Verdeutlichung dieser Organisationsvielfalt benutzen, ist in vieler Hinsicht unvollkommen. Einmal fehlen eine ganze Reihe von Gruppen und Organisationen, denen wir nicht so viel Bedeutung beigemessen haben (obwohl einige Organisationen in der Übersicht ebenfalls nur regionale Bedeutung erlangten). Auf der anderen Seite sind die Kriterien für eine Differenzierung eigentlich sehr oberflächlich.

Die Auswahl der zwei Kategorien:

1. Orientierung im internationalen Spektrum
2. Militanz (Radikalität) des antifaschistischen Kampfes

waren aber für die Organisationen selbst die Hauptunterscheidungsmerkmale.

zur Diskussion

Die Linke und die Demokratie

LAGE DER LINKEN 4 JAHRE NACH DEM MILITÄRPUTSCH

So ordneten sich praktisch alle Gruppen zunächst einmal nach ihrem Standpunkt auf der internationalen Bühne ein. Ausschlaggebend war dabei die Ansicht, daß der Marxismus eine internationale Lehre sei, der auch im internationalen Maßstab gefolgt werden müsse. In zweiter Linie war dann die Militanz der eigenen Organisation für eine Abgrenzung gegenüber den in ähnlicher Weise ausgerichteten Organisationen wichtig. Dies wurde dann gleichzeitig auch als Stärke der eigenen Organisation genommen, wenn es z.B. gelungen war, eine Handvoll Faschisten aus einem bestimmten Stadtteil getrieben zu haben.

Es gab sicherlich auch Bestrebungen, die sich gegen eine solche Kategorisierung zur Wehr setzten und eher die ideologischen Differenzen betonten wollten, die sich aufgrund der Einschätzung der Lage im eigenen Lande und der gegen die faschistische Herrschaft entwickelten Strategien und Taktiken ergaben. Aber sie blieben allesamt zu schwach, um diese Unterscheidungsmerkmale in den Vordergrund treten zu lassen.

Wir haben jedoch im folgenden andere Kriterien für eine Beschreibung der Linken herangezogen, von denen wir meinen, daß sie sowohl der Unterscheidung besser dienen, aber auch Maßstäbe an die Hand geben, wie man sich in der Zukunft verhalten soll. Nun aber zunächst einmal die Übersicht:

INTERNATIONAL	MILITANZ	-	+	KURDEN
SOWJETUNION	TKP, TİP, TSİP.	SVP, TKP-B,	TKEP, THKP-C(Acil)	KDP(vom Irak inspiziert) DDKD, PKK TKSP, KUK,
ALBANIEN	TDKP, DHB, TKP/ML(TIKKO)			KAWA
UNABHÄNGIGE	TEP, Kurtulus, İçşinin Sesi.		Dev-Yol Dev-Sol	R11zgari, Ala n11zgari

Die kurdischen Organisationen lassen sich zwar im internationalen Rahmen einordnen, stellen aber eine besondere Erscheinungsform dar, die wir weiter unten abhandeln. Hier noch die Erläuterung einiger nicht allgemein geläufiger Abkürzungen:

TIP/TSIP (Sozialistische) Arbeiterpartei der Türkei
TKP/B TKP/Bolschewik
SVP Sozialistische Vaterlandspartei
TKEP Kommunistische Arbeiterpartei der Türkei
TDKP Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei, auch bekannt unter "Halkin Kurtulusu"
DHB Revolutionäre Volksunion, zählt sich zur TKP/ML-Bewegung
TIKB Umstürzlerische Kommunistenunion der Türkei
TEP Partei der Arbeit der Türkei

Zur Genese dieser Gruppierungen soll gesagt werden, daß sie fast alle ihren Ursprung in intellektuellen Kreisen hatten, wie generell für die Linke gesagt werden kann, daß sie in Übersetzerbüros entstanden ist. Damit soll ausgedrückt werden, daß innerhalb der Linken immer jene Fragen der sozialistischen Internationale diskutiert wurden, die gerade übersetzt und damit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich waren (z.B.

3-Welten-Theorie). Die Aufspaltung in unzählige Organisationen hat aber auch andere Gründe, auf die wir weiter unten eingehen werden.

I.2. AUSSENBEZIEHUNGEN

Um sich über die Stärke der einzelnen Gruppierungen etwas klarer zu werden, sollte man sich einmal das Ausmaß ihrer Beziehungen zu den Massenorganisationen ansehen, wie sie am deutlichsten in der Gewerkschaftskonföderation DISK, dem Lehrerverband TÖB-DER, der Beamtenvereinigung TÖM-DER, den Volkshäusern 'Halkevleri' und der Architekten- und Ingenieurskammer TMMOB verkörpert wurden. Unter den politisierten Mitgliedern dieser Vereinigungen befanden sich sicherlich Anhänger der verschiedensten Ausrichtungen, aber es ist nur wenigen der in der Schaufel angegebenen Organisationen gelungen, hier über eine reine personelle Präsenz hinaus Bedeutung zu erlangen. Mit dem Namen TKP und ihren legalen Ablegern TIP und TSIP, Halkin Kurtulusu und Devrimci Yol sind die drei wesentlichen Strömungen unter den vielfältigen Organisationen gekennzeichnet, denen man aufgrund der Stärke eine Massenverankerung bescheinigen kann. In der DISK war es hauptsächlich das Spektrum der TKP bis hin zu linkenCHP' lern, die über Einfluß verfügten. Auf dem 7. (und letzten) Kongreß von DISK aber bildeten Einzelgewerkschaften, die in ihren Vorstän-

den militante Rechte wurde die Linke mit ihren Energien nicht nur durch einen nicht endenden ideologischen, verbalen Streit gebunden, gerade in Gegenden, in denen die Faschisten zurückgedrängt worden waren, wurden die politischen Differenzen nicht selten mit Waffengewalt ausgetragen, um so den "Kampf um die richtige Linie" zu entscheiden.

Diese Auseinandersetzungen spielten sich zum Schluß praktisch unter allen Organisationen ab, wobei hier wiederum die kurdischen Organisationen eingeschlossen werden müssen, denn gerade an der Frage, ob die Türkei eine kolonialistische Politik in Kurdistan betreiben sollte, gab es "unüberbrückbare" Gegensätze der kurdischen Organisationen zu den anderen. Der antifaschistische Kampf trat dabei häufig in den Hintergrund.

Wichtiger aber noch war, daß in der Bevölkerung der Eindruck von einer nicht vereinbaren Linken entstand, der nicht gerade förderlich für ein Vertrauen in die sozialistische Bewegung des Landes war. Die Spaltungen der Organisationen wurden teilweise auch durch rein persönliche Differenzen gefördert, weil sich einige Personen im Streit um die Führung in einer Organisation nicht einigen konnten und sich daraufhin die eigene Stärke durch Schaffung neuer Organisationen beweisen wollten. In den theoretischen Überlegungen tauchte zwar immer wieder das Motiv der "Stärke der Einheit" auf,

den eher Ansichten von Organisationen wie Devrimci Yol vertreten, eine Opposition zur DISK-Führung.

Trotz der Mitgliederstärke von 600.000 Mitgliedern muß bei DISK kritisch angemerkt werden, daß Basis und Führung weit auseinanderklaffen. Udemokratische Satzungen verhinderten eine stärkere Repräsentanz der Basis. Während Devrimci Yol mit anderen Organisationen wie Kurtulus auch in den übrigen Massenorganisationen vertreten war, schöpfte Halkin Kurtulusu seine Kraft hauptsächlich aus Jugendorganisationen, der Landbevölkerung und Gebieten mit vorwiegend alevitischer Bevölkerung.

Verfolgt man die Zahlen von Prozessen und Angeklagten der einzelnen Gruppen, so wird deutlich, daß noch andere Organisationen existierten, die über eine größere Anhängerschaft verfügten, aber hier handelt es sich um die Militanten einer Organisation in festem Rahmen. Einfluß über die Grenzen der eigentlichen Kernorganisation hinaus kann dabei zusätzlich noch Kurtulus, Dev-Sol und der TKP/ML-Bewegung bescheinigt werden.

I.3. BEZIEHUNGEN UNTEREINANDER

In ihrem täglichen Kampf gegen die

aber solche Ansprüche waren fast unausweichlich mit dem eigenen Führungsanspruch in einem solchen Bündnis verbunden.

I.4. IHRE HALTUNG ZUM FASCHISMUS

In der Übersicht ist ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Organisationen nicht mit aufgeführt. Gemeint ist hier die unterschiedliche Einschätzung des Faschismus und des faschistischen Gegners. Während auf der einen Seite (von den revisionistischen Organisationen) gefordert wurde, daß eine fortschreitende Faschisierung der Gesellschaft gestoppt werden müsse, ausgedrückt in dem Satz "Der Faschismus klettert empor" oder "Wir lassen den Faschismus nicht passieren", so setzte sich nach der Überzeugung der anderen Organisationen der Faschismus nicht anhand einer Massenbewegung von unten nach oben durch, sondern war schon in der direkten Zusammenarbeit der faschistischen Kampfverbände mit den staatlichen Organisationen verbreitet. Je nach der unterschiedlichen Einstellung entwickelten die Gruppen denn auch unterschiedliche Vorstellungen von einem antifaschistischen Bündnis. Während wiederum die Revisionisten sehr stark auf die Macht

des Staates setzten, der den faschistischen Terror eindämmen sollte und dabei die Sozialdemokraten in Gestalt der Republikanischen Volkspartei als wesentlichen Bündnispartner ansahen, wurde auf der anderen Seite dafür gekämpft, daß es zu einer breiten Zusammenarbeit der revolutionären Organisationen kam. Devrimci Yol vertrat dabei die These, daß der Inhalt der Aktionen das Kriterium für eine Zusammenarbeit sein sollte und nicht ideologische Abgrenzung (wie die Unterschiede im internationalen Spektrum).

Die TKP war es auch, die immer wieder zu passivem Handeln aufrief, denn ihrer Einschätzung nach konnte Widerstand gegen den faschistischen Terror nur bedeuten, daß der "Bürgerkrieg" hochgeschaukelt werde; man war dann praktisch der faschistischen Provokation auf den Leim gegangen und hatte mit für eine Destabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse gesorgt, die dann in einem Akt der faschistischen Machtergreifung genau der Absicht der "Idealisten" dienen würde.

Auf der anderen Seite war in einem Teil der Linken aber auch die Überzeugung verbreitet, daß der bewaffnete Kampf allein schon das entscheidende Element der Massenmobilisierung sei. Bei vielen Aktionen wurde deshalb nicht darauf geachtet, ob diese den antifaschistischen Kampf schwächen oder stärken würde, bzw. wurde nicht an der konkreten Wirklichkeit überprüft, ob bestimmte Vorstellungen auch auf diese Weise durchsetzbar waren.

Die militante Linke war sich einig in der Überzeugung, daß die von den Faschisten beanspruchten gesellschaftlichen Bereiche (zu Beginn einzelne Hochschulen, z.B. die PH's, dann aber auch ganze Fabriken oder Stadtteile) nicht kampfflos aufzugeben seien. Die eingeschüchterte Bevölkerung sollte zu der Einsicht kommen, daß man sich erfolgreich gegen die Attentate und Massaker der Faschisten wehren kann. Dazu wurde von Devrimci Yol das Konzept der Widerstandskomitees entwickelt, das gleichzeitig eine Antwort auf die ungelöste Bündnisfrage sein sollte. Denn in den lokal organisierten Widerstandskomitees sollte Platz für alle Personen sein, die sich gegen die Faschisten zur Wehr setzen wollte. Hierbei ging es im wesentlichen darum, seine eigene Organisationsstruktur als Alternative zum Faschismus hinzustellen. Der allgemeine Vertretungsanspruch wurde dabei häufig mit der Forderung verbunden, die Partei des Proletariats aufzubauen, wenn dies nicht schon vorher in den Erklärungen der Kongresse geschehen war.

Im Mittelpunkt der Überlegungen stand also die Stärke der eigenen

Organisation, die dann jeder für die Vorherrschaft auf der Linken in Anspruch nahm und nur unter ihrem Vorzeichen eine erfolgreiche antifaschistische Arbeit versprach. Die TKP hat dabei mit ihrem Modell von der UDC (Ulusal Demokratik Cephe = Nationale Demokratische Front) den Versuch gemacht, über den Rahmen ihrer eigenen Organisation hinauszukommen. Aber obwohl innerhalb der DISK sehr viel Propaganda für dieses Modell gemacht wurde, ist es praktisch bei reinen Willenserklärungen der Unterstützung (meistens sogar nur seitens Einzelpersonen) geblieben, sodaß von einer arbeits- und kampffähigen antifaschistischen Front nicht geredet werden kann.

Die hier gemachten Feststellungen sowie auch die Ausführungen im folgenden zu den kurdischen Organisationen beziehen sich auf die Zeit bis nach dem Militärputsch, können aber in der zukünftigen Entwicklung durchaus wieder über den Haufen geworfen werden. Derzeit ist bei fast allen Organisationen eine Art

Orientierungsphase auszumachen, die Spaltungen mit sich bringt, aber auch bei einigen zur völligen Auflösung führen kann. Zu den Programmen der Zukunft lassen sich deshalb momentan ebensowenig genaue Angaben machen, wie zu der Stärke und der Bedeutung einzelner Strömungen in der Zukunft, obwohl die unter dem Punkt PERSEKTIVE aufgeführten Momente sicherlich wesentlich sind, wenn es um die Frage des Überlebens der Organisationen geht.

1.5. DIE KURDISCHEN ORGANISATIONEN

Wie schon oben angedeutet, stellt die kurdische Linke einen Sonderfall für die Linke in der Türkei dar. Hier gibt es im wesentlichen drei Punkte, an denen sich das Phänomen der gesonderten Befreiungsbewegung für Türkei-Kurdistan erklären läßt: Verhältnis zur irakischen KDP, Einstellung zur SU und bewaffneter Kampf.

Für die in der Übersichts als Anhänger einer sowjetischen Linie aufgeführten Organisationen DDKD, TKSP, KUK gilt, daß sie praktisch alle aus der KDP hervorgegangen sind, die Mitte der 60er Jahre durch die irakische KDP ins Leben gerufen wurde. Während die DDKD und TKSP (Özgürlük Yolu) sich später nach dem mehr links stehenden Dr. Sivan ausrichteten, übernahm KUK das mehr traditionelle Programm der KDP unter Saif Elci (beide Führungsfiguren wurden übrigens durch Intrigen von Barzani umgebracht).

Die Auseinandersetzungen in der irakischen KDP zwischen Barzani und Talabani spiegelten sich auch unter den kurdischen Organisationen der Türkei wieder. DDKD und TKSP übernahmen die Linie von Talabani, während die KUK (KDP) sich immer noch an Barzani anlehnt. Hierbei ist die Grundüberzeugung zu berücksichtigen, daß die nationalistischen Kurden davon ausgehen, daß ihre Autonomie zunächst nur in einem der 4 von ihnen bewohnten Staaten möglich ist, nämlich dem fortschrittlichsten davon, dem Irak. Die anderen Länder gelten praktisch als Unterstützer hinter der Kampffront. Der eigenständige Kampf in dem eigenen Land tritt daher hinter den unterstützenden Aktionen für die Kurden im Irak zurück.

Mit diesem Prinzip haben die anderen Gruppen und die kurdische Arbeiterpartei PKK gebrochen. Ihren Ursprung haben diese Gruppierungen auch eher in den Differenzierungen der türkischen Linken. Abdullah Öcalan, als Führer der PKK z.B. war ein Sympathisant der THKP/C und nicht der Tradition des kurdischen Widerstandes im Irak verpflichtet. Auch den anderen Gruppen (KAWA, Rizgari usw.) wird von den erstgenannten Organisationen vorgeworfen, sich als Studentenbewegungen aus den Metropolen (der Kolonialmacht Türkei) in Kurdistan breit gemacht zu haben.

Es fällt auf, daß viele Gruppierungen nach wie vor in Richtung auf eine Unterstützung der Sowjetunion orientiert sind. Dies darf für die Kurden aber nicht als "blinde Gefolgschaft" wie bei der TKP interpretiert werden, denn die Moskau-Orientierung der Kurden war immer durch eine Realpolitik gekennzeichnet, die man verkürzt darstellen könnte mit einer Unterstützung des Waffenlieferanten, aber darüber hinaus war die Unterstützung der SU immer jenseits der sowjetischen Politik in Kurdistan selber angesiedelt. Kurdische Organisationen haben sich nur zu einem Teil vorschreiben lassen, wie ihr Kampf in der Heimat auszusehen hat.

Während z.B. die Sowjetunion in den 70er Jahren einen bewaffneten Widerstand für die Türkei und Türkei-Kurdistan ablehnte, war es gerade die Militanz der PKK, die zu einer so starken Anhängerschaft in der

kurdischen Bevölkerung führte. Instinktiv merkten sie, daß hier eine Kraft entstand, die dem türkischen Staat den Kampf ansagte und dies nicht nur in Worten, sondern auch in Taten praktizierte. Selbst wenn dies in weiten Teilen der Republik den Anschein von Stammesfehden hatte, so waren hier doch die Grundlagen für eine kurdische Befreiungsbewegung in Türkei-Kurdistan gelegt.

Diese Einstellung zum bewaffneten Widerstand ist auch das dritte Unterscheidungsmerkmal der kurdischen Gruppierungen. KAWA verfolgte dabei ein ähnliches Konzept wie die TDKP in der Türkei (hin zu einem Volksaufstand), während Rizgari und die Abspaltung davon, Alarizgari, mehr eine Bewegung von Intellektuellen blieben. Auf der anderen Seite waren die ideologischen Konturen der PKK lange Zeit sehr unscharf, ihre Einstellung zum bewaffneten Kampf aber verschaffte ihr die enorme Stärke, die bis heute andauert. Dies hat sie aber nicht aus dem Einfluß der SU und auch des starken Mannes in Kurdistan, Barzani, befreien können.

II. AUSWIRKUNGEN DES MILITÄRPUTSCHES

II.1. SCHWÄCHUNG DER LINKEN

Von vielen Organisationen wurde der militärische Eingriff vom 12.9.80 zunächst rein auf der personellen Ebene begriffen. Die Ausweitung des Kriegsrechts von 20 auf 67 Provinzen brachte eine große Welle von Verhaftungen mit sich. Unter den Gefaßten waren auch etliche Köpfe der Organisationen, selbst wenn sie diese "Führerschwunde" unterschiedlich hart traf. So trifft man heute auf kleinere Gruppierungen, deren Führungsmannschaft fast komplett im Ausland weilt, es gibt aber auch solche, deren schöpferische Kräfte fast ausnahmslos in die Gefängnisse wanderten, bei militärischen Operationen oder unter der Folter ermordet wurden.

Für alle Organisationen aber kann man sagen, daß heute keine von ihnen über eine zentrale Organisation im Heimatland verfügt, die eine organische Verbindung mit der Bevölkerung hat. Ferner können sie nicht mit festgelegten Perspektiven und einer darauf abgestimmten Politik aktiv sein. Das bedeutet zwar nicht, daß sie gänzlich von der Bildfläche verschwunden sind, aber es läßt sich heute nicht voraussagen, welche von ihnen morgen noch eine Kraft darstellen wird.

Die Schwächung der Linken gilt also für alle Gruppierungen, obwohl es immer noch vereinzelte Aktionen gibt, wie Flugblattverteilen, Piratensender oder Spruchbänder mit Bomben. Im Vergleich zu der Situation vor dem Putsch sind sie jedoch verschwindend gering, sodaß realistischweise von der Linken als einer Randbewegung in der Türkei gesprochen werden muß. Es existiert keine politische Bewegung, die auf gesellschaftliche Ereignisse, wie Wahlen o.ä. Einfluß nehmen könnte.

Obwohl es nach wie vor genügend Sympathisanten der Bewegung gibt, sind diese Überreste der Organisationen in eine Zuschauerhaltung gedrängt worden (sowohl im In- als auch im Ausland). Dabei werden ihre Pfiffe für schlechte Kämpfe zwischen der Junta und der bürgerlichen Opposition z.B. nicht einmal mehr gehört.

In dieser Situation konzentrieren sich viele Gruppierungen, soweit sie überhaupt noch existieren, auf eine Verfestigung ihrer Strukturen. Der Verlust eines Teils der Führungsmannschaften hat in einigen Fällen ausschließlich zu Umbesetzungen in den Zentralkomitees geführt. Die Unfähigkeit, sich auf die neuen Ver-

hältnisse einzustellen, hat aber auch zu weiteren Spaltungen bei einzelnen Gruppierungen geführt. Untersucht wird also weniger der Verlust der Massenbasis, als die Schwächung der Schlagkraft, die in der Anfangszeit auch einen seltsamen Konkurrenzkampf um die höchste Anzahl von im Land illegal hergestellten oder aus dem Ausland eingeschmuggelten Publikationen ihren Niederschlag fand.

Überleben ist dabei das Schlagwort, das implizit den Wunsch ausdrückt, daß es sich bei der Militärherrschaft und der Stärkung des faschistischen Staatsapparates nur um eine Übergangsphase handelt, die irgendwann einmal so geschwächt ist (wodurch ist dabei unklar), daß wieder legale/illegale Kampfformen in vollem Umfang möglich sind. Dann möchte man über die Kader verfügen, die die eigene Propaganda wie in alten Zeiten vorantreiben.

Die Niederlage wurde also ausschließlich auf organisatorischer Ebene wahrgenommen. Der wesentliche Grund hierfür ist, daß man die eigene Organisation in den Mittelpunkt stellte. Jede Schwäche wird dann unweigerlich mit Mängeln in technischen und taktischen Aspekten der Organisation erklärt. Wenn man jetzt immer noch nicht die ideologisch-politische Linie infrage stellt, bedeutet dies ein de-facto-Einverständnis in die Richtigkeit der eigenen Perspektive.

Da die Niederlage nur auf organisatorischer Ebene gesehen wurde, konnte man auch nur damit reagieren, daß versucht wurde, die organisatorischen Fäden enger zu spinnen. Sofort nach dem Putsch häuften sich die Kongresse und Parteitage der Organisationen. Die größte

nichts anderes als eine Wiederholung längst bekannter Thesen. Die Formen, die man in der Bildung verschiedener Fronten suchte, sind ebenso von der Situation der Auseinandersetzungen vor dem 12. September ausgegangen und haben das Neue der Situation nach dem 12. September nicht mit ins Kalkül genommen.

Dieses Verständnis hat dazu geführt, daß man die eigene Schwäche durch ein Zusammengehen mit anderen Organisationen zu überwinden versuchte. Bei den Kurden haben sich dabei 5 Gruppen zusammengeschlossen, und die TKP hat gemeinsam mit TIP und TSIP eine Erklärung herausgegeben. Diese "Lippenbekenntnisse" bedeuten aber bestenfalls, daß sich hier die Überreste der alten Strukturen auf einen Minimalkonsens geeinigt haben, der in der Regel nicht einmal auf andere Gruppierungen ausgedehnt werden kann, weil es jeweils nur die "eigene Familie" betrifft, die sich wieder an einen Tisch setzen kann.

Selbst die "Vereinigte Widerstandsfrente gegen den Faschismus (FKBDC) war in ihrem Kern nichts anderes als eine Vereinigung der überkommenen Reste aus den Organisationen. Angesprochen waren, trotz des offen gehaltenen Grundsatzprogrammes, im wesentlichen die Kämpferorganisationen aus der Vergangenheit, die sich darüber hinaus aus überkommenen Berührungspunkten heraus auch noch übermäßig zurückhielten. Eine neue Qualität wurde in all diesen Fällen nicht erreicht.

Sicherlich hat sich jede Organisation mit den Gründen für den Putsch auseinandergesetzt, aber solange die Niederlage ausschließlich auf organisatorischer Ebene gesucht wurde und

Negativpunkte der sozialistischen Bewegung, die sich die Junta weidlich zunutze machen konnte. Die Schwächen der Linken stammten dabei zu einem guten Teil aus der Vergangenheit und können praktisch als historische Krankheit bezeichnet werden.

II.2. HISTORISCHE SCHWÄCHE DER LINKEN

Diese Krankheit der Linken kann nicht unabhängig von der Philosophie der "Verwestlichung" und des "Fortschritts" gesehen werden, wie sie seit Atatürk in der Türkei vorherrscht. Das Ziel war es seitdem, die Ebene der westlichen Zivilisation zu erreichen. Bei der Gründung der Republik stand dies als eines der wesentlichen Prinzipien im Vordergrund und hat sich in der darauf folgenden Zeit zu einer wahren Krankheit entwickelt.

Während es im Osmanischen Reich noch so war, daß die Gesellschaft als eine Gemeinde betrachtet wurde, bei der die einzelnen Schichten eine Art Güterwagen darstellten, die mittels des Staates aneinander gekoppelt waren, wurde durch Mustafa Kemal Atatürk ein neues Verständnis eingeführt, bei dem sich der Staat auch in das Innenleben der einzelnen Waggons einmischen wollte. In der Türkei haben sich dabei nie scharf abgegrenzte Klassen mit ihren entsprechenden Vertretern gebildet. Dies verhindert auch eine Betrachtungsweise, wie man sie aus der Analyse der westlichen Gesellschaften gewohnt ist. Soziale Bewegungen haben sich seit jeher in der Türkei neben den Klassengrenzen entwickelt.

Obwohl sich also die Linke in der Türkei nach guter alter Tradition immer als Vertreter der Arbeiterklasse deklariert hat, konnte sie nicht auf eine starke Arbeiterbewegung aufbauen. Gewerkschaften und die Partei des Proletariats spielten zwar bei den Theorien eine wichtige Rolle, aber Bewegungen der Arbeiterschaft wurden häufig erst spät wahrgenommen.

So lösten die spontanen Arbeitsniederlegungen der Arbeiter aus Protest gegen das Gesetz einer Einheitsgewerkschaft am 15./16.6.70 bei allen linken Organisationen einen Schock aus, weil sie plötzlich erkennen mußten, daß die Arbeiterschaft eine eigenständige Kraft darstellte, die sich nicht unbedingt vor ihren "ideologischen Karren" spannen ließ.

Im Prozeß der Bildung der modernen Türkei und ihrer Republik gelangte die Linke in der Türkei aber noch in einen anderen Einfluß, der durch die oben bestimmte Philosophie des Fortschritts ausgeübt wurde. Das Ziel, westliche Standards zu erreichen, geriet zu einer Form, die sich gegen die breiten Volksmassen richtete. Das Ziel sollte schließlich gegen den Widerstand des "trägen, rückständigen" Volkes erreicht werden. So entstand auf der einen Seite die Schaar der Intellektuellen, die Elite der Staatsmänner mit dem entsprechenden Apparat als ihrem Organ und auf der anderen Seite das sich dagegen sträubende "reaktionäre" Volk.

Die 'Linke', die ebenfalls den Fortschritt vertrat, vermischte ihre Gedanken im Laufe der Zeit mit der Absicht der Intellektuellen, ihr Programm mit Hilfe des Staates von oben nach unten durchzusetzen. Auf diese Weise wurden alle "progressiven" Schritte von einer Handvoll von Intellektuellen eingeleitet, die sich vom Volk unverstanden fühlen mußten (Putsch von 1908, Befreiungskrieg von 1920, Reformen sowie die Eingriffe der Armee...).

Die Parole "diesem Volk zum Trotz für das Volk" wurde in der Phase der Republikbildung zum Schlagwort des kemalistischen Intellektuellen,



Lücke wurde in einem Mangel an Richtung gesehen. Es wurden sodann Satzungen entworfen, Parteien gegründet. Mit diesem radikalen Verständnis, ein oder besser das Zentrum darzustellen, trat man dann mit großem Stolz auf, den man noch besser als Einbildung bezeichnen sollte. Das aber konnte die Organisationen nicht retten. Aus diesem Grunde wird die Periode der Organisationsverfestigung inzwischen auch von vielen als verlorene Zeit angesehen.

Bisher sind auf der politischen Ebene keine fundierten Änderungen zu entdecken. Die soziale Wirklichkeit der neuen Periode ist noch nicht erfaßt worden. Man gewinnt den Eindruck, daß derzeit alle Aussagen nichts mehr sind, als die Fortsetzung eines einfachen Films, Fortsetzung von dem Punkt, an dem man angekommen war. Die perspektivischen Aussagen sind im Grunde genommen

keine neuen politischen Schritte (die bis zur Selbstauflösung gehen könnten) unternommen wurden, waren auch Vereinigungen und Organisationen dazu verdammt, eine Randerscheinung der Gesellschaft zu bleiben.

II.2. GRÜNDE FÜR DIE NIEDERLAGE

Die Junta traf die Linke mit ihrem Putsch nicht nur gänzlich unvorbereitet (obwohl man im sozialistischen Lager fest mit einem militärischen Eingriff rechnete), sondern in einem Augenblick, als die Linke insgesamt ein sehr schlechtes Bild in der Öffentlichkeit abgab und eine Isolierung als Ansammlung von "Terroristen" ohne größere Probleme vorgenommen werden konnte.

Zersplitterung, volksfeindliche Aktivitäten und Mangel eines populären alternativen Programms waren

Der sich als westlich aufgeklärte Person fühlte und die Gesellschaft modernisieren wollte. Dies wurde später gleichbedeutend mit der Tatsache, ein "Linker", "Progressiver" zu sein. Der Kemalismus wurde dann als identisch mit linker Weltanschauung betrachtet. Hierfür ist der Satz "zwischen Kemalismus und Sozialismus bestehen keine unüberwindlichen Schranken" ein typisches Beispiel aus den 60er Jahren. Ohne ein Vertrauen in die Bevölkerung konnte die Linke nur hoffen, mit der Eroberung des Staatsapparates an die Macht zu kommen. Die Hoffnung wurde dabei auf die Armee gesetzt, in der sich "progressive, kemalistische" Offiziere an die Spitze eines "Linksputsches" stellen sollten. Die Massen waren in einer solchen Vorstellung Zuschauer und hatten auf die Avantgarde zu warten, die sie rettete.

Diese überkommene Vorstellung von der Machteroberung, die implizit in vielen Organisationen vorherrschte, führte insbesondere bei der TKP dazu, daß der Kampf gegen den Faschismus an den Staat delegiert wurde. Es blieb nicht nur bei der Propagierung der Stärkung staatlicher Institutionen und parlamentarischer Mehrheiten, sondern in der Konsequenz hieß das, daß der starke Staat dann in der Gestalt der faschistischen Junta ohne Mühe die Macht übernehmen konnte und solange als möglicher Gesprächspartner angesehen wurde, wie man dem Schein nach auch gegen Faschisten vorging.

All dies geschah unter dem Mantel des fortschrittlichen Kemalismus, den man noch in Teilen der Junta entdecken wollte. Ein Vergleich von Atatürk mit Lenin und Evren mit Breschnew kurz nach dem Putsch bildet den traurigen Höhepunkt einer solchen Fehleinschätzung, die in dieser Form heute allerdings nicht mehr existiert.

II.2. MANGEL EINER AUSGE REIFTEN PERSPEKTIVE

In ihrem alltäglichen Kampf gegen den Faschismus hatte die Linke sich immer nur als Antibewegung profilieren können, ja man kann sogar so weit gehen und sagen, daß die Massenverankerung vieler Organisationen rein konjunkturell bedingt war. Solange ein Widerstand gegen die Zivilfaschisten unmittelbares Bedürfnis in breiten Teilen der Bevölkerung war, konnte man sich einer breiten Unterstützung erfreuen, als es dann aber gegen die Armee der Nation ging, da war diese Unterstützung plötzlich verschwunden.

Dabei wurde zwar gegen einen faschistischen Terror und zum Teil auch gegen den Staatsterror, die zum Schluß Hand in Hand agierten, gekämpft, aber eine Alternative zum bestehenden System kam nicht zum Vorschein. Im Gegenteil gebärdeten sich die Linken häufig so, als seien sie lediglich die "besseren" Herrscher der Zukunft.

Für die Bevölkerung bestand dann die Wahl zwischen den Parteien des Systems und den "Propheten" einer besseren Zukunft, die vorgaben, nur das Wohl des Volkes im Auge zu haben. Von Mitbestimmung aber konnte keine Rede sein, und auch konkrete Aktionen (z.B. Streik) wurden nicht von der Belegschaft, sondern von den Zentralen der Organisationen mit den besten Verbindungen zu der Arbeiterschaft beschlossen.

Dieses Bild von den "neuen" Herrschern wurde dadurch verstärkt, daß in verschiedenen Stadtteilen die Auseinandersetzungen eine Stufe erreicht hatten, in denen es nur darum ging, wer das Sagen hatte. Die Militanten bestimmter Organisationen übten in den Augen der Bevölkerung eine Art Gendarmeriefunktion aus, die alles unter Kontrolle nehmen wollte. Man

war nun gezwungen, anstelle mit der staatlichen Autorität sich mit den neuen Herren zu arrangieren. Begleitet wurde diese Erscheinung von einem Führungsanspruch, den praktisch alle Organisationen vertraten. Unter Berücksichtigung des Dogmas, daß eine marxistisch-leninistische Partei die Avantgarde des Proletariats ist, hatten sich fortschrittliche Tendenzen unter dem Banner einer Partei zusammenzufinden. Damit war ein flexibles Reagieren auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr möglich.

Des weiteren waren die Organisationen natürlich weit davon entfernt, eine innere Demokratie zuzulassen. Unter der starken Hand eines Vorsitzenden und einer Handvoll ZK-Mitgliedern wurden sogar die Aktionen auf lokaler Ebene kontrol-

waren, oder Vergeltungsaktionen auf Wartende an einer Bushaltestelle in einem faschistisch beherrschten Stadtteil waren Aktionen, die unter anderen Vorzeichen auch von den Faschisten selbst durchgeführt wurden.

Das von der Junta geschickt genutzte Motiv von der "Sicherung des Lebens" war in den Tagen des Jahres 1980 zum herausragenden Bedürfnis in der Bevölkerung geworden. Es war dabei auch sehr einfach, von der Verunsicherung durch den "Bruderkrieg" zwischen Linken und Rechten zu reden. Obwohl mit dem Konzept der "Widerstandskomitees" versucht wurde, daß Bedürfnis nach sicherem Leben unter Unterstützung aus der Bevölkerung aufzugreifen, kann für die Linke allgemein nicht gesagt werden, daß es ihr gelungen wäre, einen Schutz der Bevölkerung

kei der 80er Jahre". Die Linke in der Türkei steht mit ihrem Reflektionsprozeß erst am Anfang, sodaß sowohl in organisatorischer Hinsicht, als auch bezüglich der Inhalte einer solchen Politik kaum mehr als pauschale Aussagen gemacht werden können. Die Konkretisierung einer solchen Grundhaltung, wie man das Konzept auch nennen könnte, bleibt der Analyse der bestehenden Verhältnisse im Lande vorbehalten. Zu der Richtung aber, die die gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei der NATO-Generäle nehmen wird, lassen sich augenblicklich noch keine endgültigen Aussagen machen. Aus diesem Grunde will der Artikel auch mehr Anregungen für die Überlegungen geben, die neben den Betroffenen im Lande selber auch Personen in der Solidaritätsarbeit zu einer größeren Klarheit

In unterschiedlicher Weise versuchen sie, sich als die entscheidende Kraft darzustellen. All diesen Versuchen liegt aber die gemeinsame Vorstellung von der Passivität und Unbeweglichkeit des Volkes zugrunde.

Im augenblicklichen Streit um Demokratie scheint es in der Türkei nur zwei Seiten zu geben: auf der einen Seite das Militär mit seinem Anspruch der totalen Kontrolle, auf der anderen Seite die bürgerliche Opposition, die das "freie" Spiel der Kräfte (ihrer Kräfte) fordert. Die Linke steht diesem Prozeß wiederum als Beobachter gegenüber, weil von ihrer Seite her kein grundsätzlich anderes Programm vorgeschlagen wird (die Forderungen beschränken sich z.Zt. auf Beachtung der Menschenrechte, Wiederherstellung der Grundrechte und -freiheiten). Eine soziale oder sozialistische Demokratie ist in der Türkei nicht auf der Tagesordnung. Zur Frage der Demokratie, sprich: Volksherrschaft, hat die Linke aber einen entscheidenden Beitrag zu leisten.

Nicht die Wahl von abgehobenen Volksvertretern, sondern die ständige Kontrolle dieser "Herrschaften" unter großer Beteiligung der Massen an den Entscheidungen sind Grundprinzipien, wie sie fast von allen Linken vertreten werden. Natürlich bleibt eine Linke bei der Propagierung einer solchen Demokratievorstellung ungläubig, wenn sie selber nicht für die Verwirklichung der Prinzipien aktiv ist und evtl. sogar in den eigenen Reihen gegen diese Grundsätze verstößt. Potentiell aber wäre die Linke in der Lage, hier eine Alternative zu den bürgerlichen Programmen zu bieten, wobei diese Alternative nicht nur auf den politischen Bereich beschränkt ist.



tiert. Die Hierarchie hieß es nicht zu, daß sich alternative Ideen in einer Organisation durchsetzen konnten. Hier wurden aber dem marxistisch-leninistischen Prinzip einer Kaderpartei auch Muster der "orientalischen" Welt reproduziert. Gehorsamkeit gegenüber dem "Vorgesetzten", ein Verständnis, in dem das Individuum nichts zählt, sich für eine Sache zu opfern, all dies waren Eigenschaften, die soweit führten, daß von der Organisation bestimmt wurde, wer wen zu heiraten habe. Die Organisation trat dabei für viele an die Stelle der Familie. Dem Oberhaupt war Folge zu leisten, auf der anderen Seite regelte die Familie aber auch alle persönlichen Schwierigkeiten.

II.2.3. DAS NEGATIVE ERSCHEINUNGSBILD DER LINKEN

Die Bevölkerung, die von den Linken als "Schafherde" betrachtet wurde, war nicht nur durch die Vielfalt der Organisationen verwirrt, sondern konnte auch nicht verstehen, daß sich die Linken "bis auf's Messer" bekämpften. Was in der Auseinandersetzung mit den Faschisten noch verständlich war, wurde unter den Linken selber praktiziert. Man erfand Schimpfwörter wie "Maoistische Graue Wölfe", die dann mit "Sozialfaschist" und dergleichen konkret wurden. Dies diente nicht dazu, daß die Bevölkerung ein Vertrauen in eine sozialistische Perspektive hätte fassen können. Hinzu kam, daß bei einigen Gruppen die Prämisse vorherrschte, ihre Aktionen zu einer Sensation zu machen, bei der die Bekanntmachung des eigenen Namens durch Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse das Ziel war. Es kam dabei zu Aktionen, die sich direkt gegen die Bevölkerung richteten, wie z.B. Ladenschließungen, zu denen Ladenbesitzer und Kunden gezwungen wurden.

Für die Bevölkerung war auch der Unterschied zur faschistischen Aggression häufig verwischt. Beschließen von Teestuben, selbst wenn dort hauptsächlich Rechte versammelt

-zu organisieren. Im Großen und Ganzen bot die Linke eher ein furchterregendes Bild, vor dem der einfache Bürger Angst haben mußte.

So war die politische Niederlage mit der Machtübernahme der Militärs auch schon vorprogrammiert, denn das Fehlen einer sozialistischen Alternative, der Mangel an Vertrauen in der Bevölkerung war ausschlaggebend dafür, daß der Propaganda der Militärs nichts entgegengesetzt werden konnte. Wenn wir die Aspekte für eine Perspektive an diesen Punkten ansetzen, so bedeutet dies nicht, die Linke in Bausch und Bögen verdammen zu wollen. Häufig waren die Tagesereignisse einfach vorrangig, sodaß nicht jede Aktion immer in allen Einzelheiten vorgeplant werden konnte, und auch kaum noch Zeit für ein Überdenken der grundsätzlichen Positionen blieb. Diese "Sachzwänge" dürfen auf der anderen Seite aber auch nicht dazu dienen, das Vorgehen der Linken zu rechtfertigen oder eine Entschuldigung für ihre Fehler zu sein. Sie machen sie zwar verständlicher, aber müssen dennoch in der Zukunft ausgemerzt werden.

III. ANSATZ FÜR EINE PERSPEKTIVE

Nun könnte man schlicht folgern, daß ein Vermeiden der oben aufgeführten Fehler die Linke wieder erstarren lassen könnte. Bei der Entwicklung einer neuen Perspektive geht es aber nicht nur darum, die brüchigen Teile der alten Programme durch neue zu ersetzen und ansonsten mit den gleichen Kräften wieder von vorn anzufangen. Die gesamte Wirklichkeit muß neu überdacht und aufgrund der bestehenden Realität ein Programm entwickelt werden, daß wieder einen Eingriff in die gesellschaftlichen Prozesse ermöglicht.

Wenn wir hier versuchen, die Ansatzpunkte für eine neue Perspektive zu nennen, so darf man nicht erwarten, daß hier fertige Rezepte geliefert werden, quasi ein "Handbuch des Revolutionärs in der Tür-

über die Zukunft bringen können.

III.1. WIR BEFINDEN UND IN EINER ALLGEMEINEN ORIENTIERUNGSPHASE

Es dürfte anhand der oben gemachten Ausführungen klar geworden sein, daß eine verstärkte Zusammenarbeit der bestehenden Organisationen allein nicht ausreicht. Eine gesellschaftliche Relevanz kann die Linke nur bekommen, wenn sie in der Dynamik der Gesellschaft wieder einen Platz findet. Hier muß man zunächst festhalten, daß in der Türkei allgemein eine Orientierungsphase eingesetzt hat, die auf allen Ebenen zu spüren ist. Nach Jahren des Schweigens sowohl auf politischer, wirtschaftlicher als auch kultureller Ebene sucht man nun nach neuen Ausdrucksformen.

Der augenblicklich eingeleitete gesellschaftliche Prozeß bedeutet mehr als nur eine Auseinandersetzung mit der Militärherrschaft und dem Kampf der demokratischen Kräfte um mehr Mitbestimmung. Hier ist eine ganze Gesellschaft in eine Identitätskrise geraten, die latent schon immer vorhanden war, aber durch die Verschärfung der Unterdrückung jetzt forciert worden ist. Dabei stoßen wir auf folgende Phänomene:

* In der Türkei haben wir eine Gesellschaft vor uns, die sich im Widerspruch zwischen Orient und Okzident keine Identität verschaffen konnte.

* Die Türkei ist keine Kolonie im klassischen Sinne. Aufgrund von Einmischungen fremder Mächte wurden die selbst geschaffenen Institutionen zwar nicht abgeschafft aber verformt. Die Schmerzen eines solchen schiefen und verformten Wachstums sind der Hauptgrund für das Durcheinander.

* Der eigene Prozeß der Entwicklung wurde in seiner Dynamik immer wieder durch Einmischung aus dem Ausland und militärische Interventionen unterbrochen.

In dieser Phase der Orientierung bieten sich alle möglichen gesellschaftlichen Kräfte als Modell an.

III.2. DIE LINKE ALS ALTERNATIVE

Die Frage nach der Art von Demokratie ist dabei direkt mit der Vorstellung von Sozialismus verbunden. Die Linke darf nicht dabei stehenbleiben zu sagen, was sie nicht will, sondern sie muß in der Debatte klar machen, daß Sozialismus die totale Umkehrung des ausbeuterischen Systems bedeutet. Bleibt sie dabei aber an dem Punkt stehen, Modelle aus dem Ausland einfach auf die Türkei zu übertragen, so wird sie sich den Vorwurf einer blinden Kopie gefallen lassen müssen. Außerdem wird es dann unmöglich, die realen Mißstände in den Ländern des "realen Sozialismus" auch beim Namen nennen zu können.

Wenn die Linke als Alternative aufzutreten will, so muß sie gerade diese Prämisse durchbrechen, nicht das Volk als passiv und unmündig zu betrachten, sondern die Bevölkerung als Hauptaktionisten in den Mittelpunkt stellen. Die Gesellschaft steht dann in ihrer Trägheit und "reaktionären" Tendenzen nicht mehr dem Staat und der Herrschaft gegenüber, mit deren Eroberung man die Revolution vollbringen will, sondern hier ist die Kraft, die den revolutionären Prozeß vorantreibt, erst mit ihr – und nicht gegen sie – kann die Macht an die Massen, die Werktätigen und Ausgebeuteten übergehen.

Nicht mehr die eigene Organisation hat im Mittelpunkt zu stehen, sondern die Bevölkerung, die mehr kann, als nur zu applaudieren, wenn die Avantgarde an die Macht stürmt. In einem solchen Prozeß muß der einfachen Bevölkerung klar werden, daß sie die eigentliche Kraft ist, ohne die keine Umwälzung stattfinden kann. Da in der Bevölkerung eine feststellbare Tendenz existiert, die sich gegen elitäre Strömungen richtet, ist die Verschmelzung von revolutionärer Bewegung und Volksmassen auch möglich.

Dies bedeutet jedoch einen Bruch mit den Vorstellungen der traditionellen Linken, zu der ein klarer

Trennungsstrich gezogen werden muß. Ein solcher Bruch ist nicht einfach, aber schon in der Vergangenheit wurden Ansatzpunkte für einen solchen Bruch gelegt.

III.3. DER BRUCH MIT DOGMATISCH-ÖKONOMISTISCHEN ANSICHTEN

Der Anfang eines solchen Bruches wurde durch die Bewegung der THKP/C Ende der 60er Jahre gelegt. In dieser Bewegung wurde zum ersten Mal die Frage nach der Machteroberung nicht mit der Übernahme des Staatsapparates verbunden. Zum ersten Mal wurde eine Revolutionsstrategie entworfen, die sich unmittelbar gegen den Staat richtete. Die Massen kamen zum ersten Mal als revolutionäre Kraft in den Mittelpunkt des Interesses. Dies kann durchaus als eine Lösung von einem ökonomistischen, dogmatischen Ansatz bezeichnet werden. Allerdings hat auch die Bewegung THKP/C diesen Bruch nicht bis zum Ende verfolgt. Einer der Gründe dafür war, daß diese Bewegung durch den Putsch vom 12.3.1971 eine Niederlage erlitt, die ihre Ideen im Keime zu ersticken drohte.

Nach 1974 traten aber dennoch sehr viele junge Kräfte auf, die die Ideen von Mahir Cayan und seinen Freunden weiterverfolgten, aber nun kam es zu einer Erscheinung, daß hier mit den neuen Begriffen von "Künstlichem Gleichgewicht", "3. Krisenperiode" und "Volkskrieg" umgegangen wurde, als seien es heilige Güter, die keiner weiteren Erläuterung bedürften. Die Terminologie der Revolutionäre der ersten Stunde wurde praktisch fetischisiert und somit ihrer Inhalte beraubt.

Erst Devrimci Yol führte den durch die THKP/C begonnen Prozeß der Lösung von traditionellen linken Ansätzen von einer Dominanz der ökonomistischen und dogmatischen Betrachtungsweise des Marxismus/Leninismus fort und entwickelte mit dem Programm der Widerstandskomitees eben das Modell, daß allein die Ergreifung der Macht nicht ausreicht, sondern darüber hinaus (auch vorbereitend) für eine sozialistische Gesellschaft gekämpft werden muß.

Die Widerstandskomitees, die lokal organisiert, alle Widerstände gegen den Faschismus zusammenfassen sollten, bekamen damit die Aufgabe, nicht nur für die Abwehr der faschistischen Aggression zu sorgen, sondern hier sollte in den Beziehungen der Mitglieder untereinander, sowie auch in den Beziehungen zu Außenstehenden, sowie zu anderen Organisationen und Organisationslosen eine neue Qualität von menschlicher Interaktion erreicht werden. Es war klar, daß dies nur erste Ansätze sein würden, und daß es unter kapitalistischen Verhältnissen auch nicht zu einer Ausprägung der alternativen Beziehungen kommen würde, aber ein Ansatz war immerhin gefunden.

Ehrlicherweise muß allerdings dazu gesagt werden, daß dieses Modell nicht in der Zeit nach dem Militärputsch ausprobiert werden konnte, denn die aufgebauten Strukturen führten bei einer Beibehaltung nur zu Verhaftung, Folter, Verurteilung. Aber selbst wenn man 3% der Bevölkerung aus dem selbstverwalteten Fatsa heute angeklagt, so lebt diese Idee weiter. Eine mögliche Weiterentwicklung für die Perspektive der Linken in den 80er Jahren hat an diesen Erfahrungen anzuknüpfen.

Darüber hinaus existieren für die Linke noch andere, teilweise banal anmutende Probleme, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Man darf sich nicht in die "terroristische" Ecke verbannen lassen. Sobald sich eine Organisation vollkommen auf das Feld der bewaffneten Ause-

andersetzung mit den faschistischen Machthabern ziehen läßt, wird nicht nur sehr bald die militärische Niederlage eintreten, sondern man wird auch keine Möglichkeit des Überlebens haben, da sehr bald die Unterstützung aus der Bevölkerung fehlt.

Hier kann ein ähnliches Konzept helfen, wie es allgemein gilt. Wenn eine Bewegung ihre Kraft aus den Widerständen in der Bevölkerung schöpft, ihre Politik auf den real existierenden sozialen Bewegungen im Lande aufbaut, wird es der herrschenden Oligarchie nicht so leicht sein, sie weiterhin mit dem Attribut "terroristisch" zu isolieren. Hieraus folgt wiederum, daß nicht die Gründung oder der Aufbau (oder die Reorganisation) der eigenen Organisation am Anfang stehen kann. Erst aus den Aktionen und Bewegungen im Volk kann eine Organisation erfolgen. Eine Organisation, die nicht in die soziale Dynamik paßt, ist für uns keine Organisation im eigenen Sinne. Die sozialen Bewegungen müssen für alle Organisationen der Ausgangspunkt ihrer Arbeit sein. Dies führt natürlich eher zu einer Bewegung, als zu einer Organisation im klassischen Sinne. In einer solchen Bewegung kann es auch nicht nur um politische Erneuerung gehen, sondern hier müssen auch die übrigen gesellschaftlichen Bereiche mit erfaßt werden. Erst wenn man über Einfluß auch auf sozialer und kultureller Ebene verfügt, läßt sich wirklich von einer starken Strömung reden.

Jedenfalls nicht für die Landesregierung von Niedersachsen. Dies geht aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage des SPD-MdL Wernstedt durch den niedersächsischen Innenminister Dr. Möcklinghoff hervor.

Die Kleine Anfrage lautete:

"Ich frage die Landesregierung:

1. Welche präziseren Erkenntnisse als die im Verfassungsschutzbericht 1983 vorgelegten liegen ihr über den rechtsextremistischen Charakter der "Idealisten-Vereine" vor?

2. Wie beurteilt sie die langfristige Wirkung der Tätigkeit der "Idealisten-Vereine" hinsichtlich des Zusammenlebens der Türken untereinander
— der Integrationspolitik der Bundesregierung
— der Erziehung der türkischen Kinder und Koranschulen und
— der Unterstützung rechtsextremistischer Organisationen wie der "Grauen Wölfe"?

3. Gibt es Erkenntnisse darüber, ob in Niedersachsen von rechten türkischen Personen oder Organisationen Bedrohungen gegenüber politisch andersdenkenden Türken ausgehen?

4. Warum werden die "Idealisten-Vereine" nicht verboten?"

Im Namen der Landesregierung antwortete Dr. Egbert Möcklinghoff am 27.3.1984 folgendermaßen:

"zu 1.: Erkenntnisse, die hinsichtlich der türkischen "Idealisten-Vereine" zu einer abweichenden Bewertung gegenüber der Darstellung im "Ver-

Mit den Vorstellungen von Avantgarde und Stellvertreter des Proletariats muß aufgeräumt werden. Mitbestimmung der Basis ist etwas anderes als Entschiede des ZK von oben. Auch aus einem solchen Verständnis heraus lassen sich derzeit keine weiteren Angaben zu dem Programm der Zukunft machen. Zumindest unter den Anhängern von Devrimci Yol wird eine solche Diskussion um eine neue Perspektive derzeit sehr intensiv geführt.

IV. AUSBLICK

Wie schon oben ausgeführt, geht es in der gesamtgesellschaftlichen Orientierungsphase derzeit um einen Demokratisierungsprozeß, ein Suchen nach der adäquaten Demokratie. In dieser Diskussion steht die Linke noch abseits. Es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß die Absichten der Junta sich nur zu einem Teil verwirklicht haben. Sicherlich hat sie einen Apparat aufgebaut, der auf Jahre hinaus eine Gewalt Herrschaft sichern soll. Aber ihre Absicht, die Inhalte der Politik bis ins letzte Detail vorzubestimmen, sich auch noch in Form von Parteien in die Alltagspolitik einzumischen, wurde zunichte gemacht. In Form der MDP hat die Junta eine starke ideologische und organisatorische Schwäche erlitten.

Auch ihre Verfassung erscheint schon jetzt als nicht sehr langlebig. Die Diskussion um die Verfassung, um die Herrschaft, das Regime im Lande hat längst eingesetzt. Hier zeigen

sich die klassischen traditionellen Parteien wieder als eine Kraft, mit der gerechnet werden muß. Welche Formen aber ein solches bürgerliches System annehmen wird, ist derzeit noch unklar. Außerdem stellt sich gerade an diesem Punkte die Frage, ob die Linke hier nicht eine andere Alternative produzieren kann, die schon während der andauernden Auseinandersetzungen zu einer Verschiebung der Kräfte, d.h. zum Erstarren der sozialistischen Bewegung führen kann.

Die Linke wird solange nichts bewirken, als sie sich auf die Forderungen der bürgerlichen Opposition nach mehr Rechten und Freiheiten beschränkt und darüber hinaus keine Alternative zum gewaltsam durchgesetzten System der Militärs anbietet hat. Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Opposition scheint aber für viele Teile der sozialistischen Bewegung so etwas wie Verrat an ihrem revolutionären Geist zu sein, obwohl die Entwicklung einer Perspektive nur über diese Abgrenzung erfolgen kann.

Man sollte es sich dabei aber nicht so einfach machen, die bürgerlichen Kreise als Schwindler hinzustellen, die einfach der Form halber eine Opposition zu den Militärs bilden, um in der Wahlbevölkerung wieder an Stimmen zu gewinnen. Wenn man den Widerspruch zwischen Militärs und Zivilisten aufgreift, bedeutet dies noch nicht, daß man sich vor den Karren der bürgerlichen Opposition spannen läßt.

Zunächst einmal muß die bürgerliche Opposition ernst genommen werden, weil sie über eine Basis in der Bevölkerung verfügt. Es sind also nicht nur die Kader der Parteifunktionäre, die für Wirbel in der Öffentlichkeit sorgen. Gleichzeitig machen sie sich derzeit eine historische Reaktion der Bevölkerung gegen die Bevormundung durch Eiliten (in der Staatsführung) zunutze.

Eine Bewegung, die sich als fortschrittlich und demokratisch bezeichnet, muß die Frage beantworten, warum Parteien wie die AP oder die CHP, gerade wenn man ihnen 'faschistoide' Züge unterstellt, und wenn man ihre Manipulationen begreift, über eine so starke Basis in der Bevölkerung verfügen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß in den Augen der Bevölkerung von solchen Parteien durchaus immer wieder Argumente des Fortschrittes für eine Massenunterstützung benutzt wurden.

Der Linken wird also derzeit ein solch unwandelischer Charakter nicht zuerkannt, denn es fehlt hier an jeder Massenbasis. Wenn man akzeptiert, daß die Gesellschaft nach einer Neuorientierung sucht, daß die Völker der Türkei willens und auch in der Lage sind, eine Umwandlung zu vollziehen, so sollte die Linke die Kraft sein, die diesen Prozeß mit der größten Konsequenz verfolgt. Aufgabe ist es dann, sich als eine solche Alternative mit den breiten Volksmassen als Hauptkraft präsentieren zu können.

Bindung an eine bestimmte Organisation hat.

Zu 3.:

Die in der Vergangenheit gegen die ADÜTDF erhobenen zahlreichen Vorwürfe der Gewaltanwendung gegen politisch anders denkende Landsleute konnten trotz sorgfältiger Nachforschungen der Sicherheitsbehörden in dem behaupteten Umfang nicht bestätigt werden. Die Erkenntnisse weisen vielmehr über einen längeren Zeitraum auf ein starkes Übergewicht der den linksextremistischen türkischen Gruppierungen zuzurechnenden Gewaltaktivitäten gegen Anhänger der ADÜTDF hin. Speziell für Niedersachsen liegen keinerlei Erkenntnisse darüber vor, daß von rechten türkischen Personen oder Organisationen Bedrohungen gegen politisch anders denkende Türken ausgehen. Es liegen auch keinerlei Erkenntnisse darüber vor, daß die ADÜTDF als Organisation beabsichtigt, in der Frage der Beachtung der Gesetze ihres Gastlandes künftig eine andere Haltung einzunehmen. Dies schließt nicht aus, daß auch Mitglieder von türkischen "Idealisten-Vereinen" im Zuge der Auseinandersetzung mit ihren politischen Gegnern Gewalt anwenden könnten. Dies müßte aber nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand als Einzelaktion gewertet werden, die im Gegensatz zur offiziellen Haltung der ADÜTDF steht.

Zu 4.:

Die Organisation und Tätigkeit der türkischen "Idealisten-Vereine" erstreckt sich über das Land Niedersachsen hinaus, so daß für ein etwaiges Verbot gemäß § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes der Bundesminister des Innern zuständig wäre. Der Bundesminister des Innern hat auf eine entsprechende Bundesanfrage in der 9. Wahlperiode (Bundestagsdrucksache 9/523, S. 11, Nr.25) mitgeteilt, daß die Bundesregierung aus verständlichen Gründen keine Verbotsabwägungen in der Öffentlichkeit anstelle, weil einerseits der Hinweis darauf, daß Verbotsabsichten nicht bestehen, als "Freibrief" für weitere Aktivitäten verstanden werden könnte, andererseits der Hinweis auf ein beabsichtigtes Verbot eine unerwünschte Warnfunktion haben würde."

GRAUE WÖLFE GIBT ES NICHT

fassungsschutzbericht 1. April 1982 – 30. Juni 1983" führen würden, liegen nicht vor.

zu 2.:

Die am 08.06.1978 gegründete "Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealisten-Vereine e.V." (ADÜTDF) propagiert das Gedankengut der in der Türkei verbotenen und aufgelösten "Partei der Nationalen Bewegung" (MHP) in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist mit schätzungsweise 15.000 Mitgliedern (1982:18.000) und über 100 Mitgliedsvereinen die zur Zeit stärkste Gruppierung des türkischen Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Sie wird bundesweit im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Ziele tätig, die beispielsweise in internen Versammlungen oder Kulturveranstaltungen propagiert werden. Ihre politische Zielsetzung ist antikommunistisch ausgerichtet. Bei Kongressen innerhalb des Bundesgebietes standen bisher vor allem das Problem der Ausländerfeindlichkeit bzw. der Integration der Türken in der Bundesrepublik im Vordergrund.

— Die nationalistische und antikommunistische Ausrichtung der ADÜTDF und ihrer Anhänger trägt nicht dazu bei, politisch motivierte Spannungen bei den in der Bundesrepublik lebenden Türken abzubauen, sondern führt eher zu einer Polarisierung der bestehenden Gegensätze mit den entsprechenden Auswirkungen auf das gedeihliche Zusammenleben der Türken untereinander. Die ADÜTDF weist allerdings ihre Mitgliedsvereine an, die Gesetze des Gastlandes strikt zu befolgen, was diese bislang auch befolgt haben.

— Die "Idealisten-Vereine" wenden sich gegen eine Integration der Tür-

ken in Deutschland. Sie wollen, daß die Türken sich weiterhin als solche empfinden und nicht durch Verlust ihres Volkstums im Deutschland aufgehen.

— In diesem Sinne sollen auch die türkischen Kinder erzogen werden, wobei — entsprechend dem obigen Hinweis — die Gesetze des Gastlandes beachtet werden sollen.

Gesicherte Erkenntnisse, inwieweit die ADÜTDF auch als Träger von Koranschulen in Erscheinung getreten ist, liegen nicht vor. Träger dieser in nicht bekannter Anzahl errichteten Schulen sind in erster Linie der "Verband Islamischer Kulturzentren" (IKZ), dann die das Gedankengut der in der Türkei verbotenen und aufgelösten "Nationalen Heilsparteien" (MSP) vertretenden türkischen Organisationen und zuletzt sonstige islamische Gemeinden.

— Eine rechtsextremistische oder terroristische Organisation "Graue Wölfe" gibt es nach wie vor weder auf Bundesebene noch in Niedersachsen.

Der "Graue Wolf" ist eine Figur aus der türkischen Mythologie. Er ist für alle nationalistischen Türken ein Symbol von historischer Bedeutung. Wenn sich auch einzelne Mitglieder der "Idealisten-Vereine" in Deutschland persönlich als "Grau-Wolf" bezeichnen und entsprechend Abzeichen insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen mit sich führen, so will der Träger mit diesem Symbol auf seine geistige Grundhaltung hinweisen, wie dies vergleichsweise auch in anderen Bereichen zu anderen politischen Grundsatzthemen zu beobachten ist, ohne daß das Symbol die Bedeutung eines offiziellen Emblems im Sinne einer

Kommunalwahlen...

Ohne große Ambitionen war schließlich noch die Partei des Wohlstandes (RP) angetreten, die als Nachfolger der klerikalen Heilspartei (MSP) auf die Stimme der islamischen Fundamentalisten hoffte. Da jeder wußte, daß diese Partei keinen Einfluß auf den Wahlausgang haben würde, war sie auch kaum beachtet worden. Trotz allem ist es ihr bei den Wahlen gelungen, einige Bürgermeisterämter (auch in Provinzhauptstädten) zu erringen und damit zu beweisen, daß die Politik des Islam immer noch von Bedeutung ist.

WAHLTHEATER ZUM KAMPF HOCHSTILISIERT

Bei den Kommunalwahlen in der Türkei (Bürgermeister, Dorfvorsteher, Provinzparlamente) war es in der Vergangenheit immer mehr um persönliche Rivalitäten als um Parteiprogramme gegangen. Dieses Mal aber hatten die Wahlen aus den oben genannten Gründen die tiefere Bedeutung einer Korrektur der allgemeinen Wahlen und wurden von den führenden Parteien auch unter diesem Vorzeichen betrieben. In der Schlußphase kam es sogar zu einigen körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der ANAP und der DYP, die sich ja um das gleiche Wählerpotential stritten.

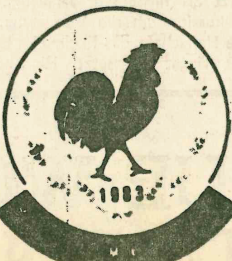
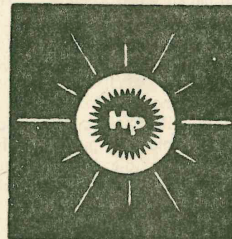
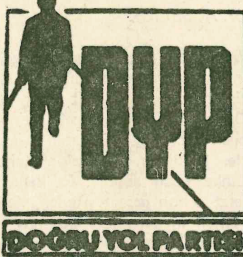
Während aber Turgut Özal als unumstrittener Herrscher in der ANAP weiterhin mit seinem unternehmerischen Erfolgskurs und einer Reihe von gesetzlichen Neuerungen (Einfuhr von ausländischen Konsumgütern, Legalisierung von illegalen Bauten in Eldensvierteln) auf Stimmenfang gehen konnte, hatten die anderen Parteien keine neuen Motive anzubieten. In allgemeinen Sätzen warnte man vor einer Politik der Unvernunft, wie sie von den "Grün-schnäbeln" um Özal betrieben werde. Sie nahmen für sich in Anspruch, als Fortführung der alten Parteien (SODEP für CHP und DYP für AP) über die besseren Erfahrungen zu verfügen und vertrauten schließlich auf die alte Basis, die ihnen vor dem Militärputsch immer

annähernd die Hälfte der Stimmen eingebracht hatte. HP und DYP auf der anderen Seite konnten auf nichts anderes verweisen, als ihre "Wahlerfolge" vom 6.11.83. Die einzige dynamische Kraft aber blieb die ANAP, deren Politik man zwar immer noch nicht endgültig beurteilen konnte, da erst 100 Tage Regierungsarbeit geleistet worden war, aber zumindest stand hinter dieser Partei das Versprechen von etwas Neuem, selbst wenn die Erfolgsaussichten eher dürrig ausschauten.



Turgut Özal hatte darüberhinaus auch sehr klug taktiert, als er mit seiner parlamentarischen Mehrheit den Termin für die Kommunalwahlen auf den 24.3.84 festgelegt hatte. Er war sich der Tatsache bewußt, daß die anderen Parteien bis dahin noch nicht genügend Propagandaarbeit geleistet haben würden. Außerdem würde seine Politik noch außerhalb der vehementen Krise stehen, wie sie sich im Laufe seiner Regierungszeit unvermeidlich einstellen wird, denn er setzt ja auf die "Schocktherapie" in der Wirtschaft und hofft auf eine wirtschaftliche Gesundung nach einem Prozeß des "Gesundschumpfens".

Der ANAP kam aber darüber hinaus auch die größere finanzielle Stärke zugute. Obwohl immer noch nicht geklärt ist, ob Özal seine Gelder nun doch aus US-Freundskreisen oder aber von einheimischen Kapitalisten bekommt, war seine Partei praktisch die einzige, die mit ganzseitigen Anzeigen für die Wahlen werben konnte. An einzelnen Orten wur-



de auch davon gesprochen, daß direkt Wahlgewinne verteilt wurden. Dabei dürfen aber auch die anderen Parteien nicht gerade als schwach bezeichnet werden, denn schließlich haben sie die Apparate der CHP bzw. der AP zum größten Teil hinter sich, und jederman weiß, daß diese Kreise durchaus finanzkräftig sind.

Eigentlich hatte man auch mit einer stärkeren Verankerung der SODEP und der DYP in der Bevölkerung gerechnet, denn schließlich gibt es nicht wenige Gegenden in der Türkei, in der eine Anhängerschaft für eine dieser Parteien Tradition hat und durch den jeweiligen Großgrundbesitzer die Stimmenabgaben schon vorprogrammiert sind. Aber es war schon bei den allgemeinen Wahlen aufgefallen, daß die ANAP über einen Stab von relativ jungen Leuten verfügt, die mit einiger Begeisterung die Broschüren der Partei bis in die letzten Dörfer verteilen können und in kurzer Zeit für eine Basis dieser "Neuschöpfung" in der Bevölkerung gesorgt haben. Bei der HP und der MDP aber konnte man feststellen, daß hier kaum eine Verankerung in der Bevölkerung vorhanden ist. Die MDP hat sich dabei zu einem billigen Abklatsch der faschistischen MHP entwickelt, wobei allerdings nur kleine Teile der "Grauen Wölfe" dahinter stehen. Auch bei der HP war klar, daß sie der Konkurrenz durch die SODEP nicht gewachsen sein würde, denn während die SODEP den Sohn von Ismet İnönü als Integrationsfigur an der Spitze hat, ist es bei der HP gerade der Privatsekretär von Ismet İnönü, der für die Tradition der "Volkspartei" bürgen soll.

DIE ERGEBNISSE DER WAHLEN Obwohl in einzelnen Aussagen schon gewisse Ansätze für eine Bewertung der Ergebnisse liegen, müssen sie dennoch einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Die Kommunalwahlen können nämlich nur begrenzt auch mit allgemeinen Wahlen verglichen werden, denn die Persönlichkeiten stehen bei den Wahlen zum Bürgermeisteramt meistens weit im Vordergrund. Auch an diesem Punkt muß der ANAP eine sehr geschickte Politik bescheinigt werden, denn sie hatte durchweg Kandidaten in die Wahlen geschickt, die aus unterschiedlichen Kreisen stammend für eine erfolgreiche Politik in der Zukunft bürgten. Demgegenüber hatte es bei den Traditionsparteien SODEP und DYP ein ständiges Gerangel um die Plätze gegeben, da viele alte Politiker nun wieder zum Zuge kommen wollten. Der Wahlsieg der ANAP auf der Ebene von Bürgermeisterwahlen war denn auch überwältigend. In 54 von 67 Provinzen wurde der Bürgermeister in der Hauptstadt von ihnen gestellt. Einen Vergleich mit den allgemeinen Wahlen läßt ansatzweise die Wahl für die Provinzparlamente zu, da hier die Wahl von Parteien im Vordergrund stand. Aber auch hier zeigt sich die Überlegenheit der ANAP.

Partei	Stimmen %	Bürgermeister (Provinz/Kreis)
ANAP	41,50	54 Pro./320 Kreise
SODEP	22,93	8 Pro./101 Kreise
DYP	13,72	61 Kreise
HP	8,69	26 Kreise
MDP	7,07	3 Pro./34 Kreise
RP	4,73	2 Pro./5 Kreise
Unab.	1,36	22 Kreise

Diese Ergebnisse sind auch aufschlußreich, wenn man anhand der Wahlen für die Provinparlamente die Zahl der Abgeordneten errechnen würde. Zunächst einmal fallen alle Parteien unter 10% weg. Die führenden Parteien hätten dann folgende Sitzverteilung:
 25.3.1984
 ANAP 233
 SODEP 113
 DYP 54
 6.11.1983
 ANAP 211

HP 117
 MDP 71
 Dies führte die außerparlamentarische Opposition sofort zu der Frage, auf welche Weise sie dennoch im Parlament vertreten sein könnten, wenn schon nicht über Neuwahlen. Ein Zusammengehen der SODEP mit der HP und der DYP mit der MDP wird ernsthaft erwogen. Obwohl die Aussichten für ein solches Unterfangen eher als schwach zu bezeichnen sind, wird an diesem Verhalten aber deutlich, welche Art von Par-

Amnestie unter Zivilherrschaft: ein frommer Wunsch

Insbesondere die Beschränkungen durch die Verfassung sind wohl kaum zu umgehen. Der Artikel 87 der Verfassung schreibt dem Parlament zwar das Recht zu, Amnestiegesetze zu erlassen, aber hier ist gleichzeitig festgelegt, daß es für alle "Vergehen gegen den Staat", wie sie in Artikel 14 der Verfassung festgelegt sind, keine Amnestie geben kann. Gerade aber in den Begriffen "Kommunismuspropaganda", "gewaltsamer Umsturz" und "Separatismus" sind jene Straftatbestände angesprochen, die man den politischen Gefangenen zur Last legt. Betroffen sind davon natürlich fast ausschließlich linke "Gesinnungstäter", weil die Vergehen der Rechten gewöhnlich als einfache kriminelle Handlungen behandelt werden.

Selbst wenn die Sozialdemokraten im Parlament mit einem Begriff wie "Meinungstäter" operieren, so bleibt dennoch unklar, ob sie die entsprechenden Artikel der Verfassung ganz einfach anders interpretieren wollen, oder aber ob sie sich der Tatsache bewußt sind, daß eine wirkliche Amnestie bedeuten würde, die Verfassung an diesem Punkt erst einmal verändern zu müssen. Die MDP

spricht deshalb auch jetzt schon von den "Schicksalsopfern" und meint damit einzig und allein die "verblendeten" Grauen Wölfe, die Täter auf der rechten Seite, die man auf diese

Weise aus dem Knast bekommen möchte. Amnestie also ohne Linke,

ANAP, Alpaslan Pehlivanı, ist durch einen Vorstoß bekannt geworden. Sein Vorschlag, der in gewisser Weise die Meinung der Regierungspartei repräsentieren dürfte, ist aber nicht unter dem Titel Amnestie zu führen, sondern er selber bezeichnet seinen Vorschlag als eine Veränderung des

auch jene Meinung, wie sie sowohl in Militärkreisen als auch in der Spitze der Mutterlandspartei vertreten wird. Er sagte, daß es für ein Gesetz zur Begnadigung noch zu früh sei, solange immer noch Personen verhaftet und verurteilt würden. Wann aber die Hatz auf die Oppositionellen im Lande ein Ende haben wird, ist mehr als ungewiß.

Welche Chancen eine Amnestie derzeit in der Türkei wirklich hat, zeigen die Aussagen der beiden Repräsentanten von der militärisch-zivilen Doppelherrschaft: Staatspräsident Kenan Evren und Ministerpräsident Turgut Özal. In der Rangfolge durchaus richtig äußerte sich zunächst Juntachef Evren in einem ausländischen Nachrichtenmagazin, Newsweek, zu dem Thema. Dies ist übrigens auch in der Vergangenheit schon immer ein Mittel gewesen, die öffentliche Meinung in der Türkei zu beeinflussen. Denn sofort am nächsten Tage druckten alle türkischen Tageszeitungen die wichtigen Passagen des Interviews ab. Am 20. März 1984 konnten es alle Bürger der Türkei lesen, was das Staatsoberhaupt Evren zu dem Thema meinte: es wird in der nächsten Zukunft keine Amnestie geben.

Am 31. März dann konnten sie mit fast identischen Worten die Meinung von Ministerpräsident Turgut Özal aus einem Interview mit der International Herald Tribune hören: keine Amnestie in der nächsten Zeit, da man den Anarchismus im Lande noch nicht ausgerottet habe.

Auf diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob internationaler Druck die Regierung zu einem Einlenken bringen wird. Der Präsident des Europarates, Karl Ahrens, hatte bei seinem Besuch in der Türkei im Januar empfohlen, sowohl eine Amnestie als auch eine Einschränkung des Kriegsrechtes würde für internationales Ansehen der Türkei sorgen. Obwohl öffentlich von türkischer Seite als Einmischung in die inneren Angelegenheiten geredet wurde, war unter der Hand zu vernehmen, daß man doch Zugeständnisse gemacht hatte. Diese Zugeständnisse können aber nicht mehr sein, als das Versprechen, in Etappen das Kriegsrecht aufzuheben und "eine Art von Amnestie" ins Auge zu fassen. Bei der Forderung nach Amnestie für alle politischen Gefangenen aber darf nicht übersehen werden, daß dies nur möglich ist, wenn das gesamte System der Generäle mit der Verfassung von 1982 in Frage gestellt wird. Deshalb muß man auch entsprechend wachsam sein, daß die Weltöffentlichkeit sich nicht mit einer Teilamnestie (unter Ausschluß der Linken) zufrieden gibt, sondern der Westen seine Forderungen nach einer wirklichen Demokratie und der Einhaltung der Menschenrechte von einer echten Amnestie abhängig macht. Das ist nicht zuletzt ein Prüfstein für den "freien Westen", wie zum Beispiel die Bundesrepublik, die ja gerade beschlossenen hat, eine Delegation zur Untersuchung der Haftbedingungen in der Türkei zu entsenden.



wenn man der Verfassung und der Propaganda der Rechten folgt.

Die Regierung hat sich an diesem Punkt bis heute zurückgehalten, und von Anfang an hat Ministerpräsident Turgut Özal jedes Mal, wenn er auf dieses Thema angesprochen wurde, immer nur gesagt, daß dies ein delicate Thema sei, und man sich die Sache zehn Mal überlegen müsse, bevor man an die Verabschiedung eines solchen Gesetzes gehe. Lediglich der Abgeordnete aus Ankara für die

Strafvollzugs und gibt ihm den Namen, den er verdient: "vorzeitige Entlassung". Dabei soll noch etwas früher als nach zwei Dritteln der Haft entlassen werden, aber immer unter der Bedingung, daß im Falle der erneuten "Straffälligkeit" die alte Strafe ebenfalls verbüßt wird, d.h. mit anderen Worten, daß die Strafen zur Bewährung ausgesetzt werden sollen. Diese Vorschläge unterbreitete das Mitglied des Rechtsausschusses zuletzt in der Wochenzeitschrift Yanki vom 20.2.1984. Hier äußerte er eben

Lohnzuschlag für 1984:

25% +
2000 LIRA

Die offizielle Version der Redemokratisierung in der Türkei war die, daß die Tarifautonomie nach den Parlamentswahlen am 6. November 1983 wieder hergestellt sein würde. 500.000 Arbeiter mußten jedoch in den letzten Monaten feststellen, daß dieser Grundsatz für sie nicht gilt. Da ihr Tarifvertrag erst in den kommenden Jahren ausläuft, war für sie wie eh und je die Oberste Schiedsstelle zuständig. Die Schiedskommission konnte jedoch nach monatelanger Verzögerung erst im Februar zusammentreten. Auf Anhieb zeigte sich, daß in der Kommission zunächst keine Einigung zu erzielen war. Daraufhin wandte sich die Türk-Is mit einem Vorschlag von 43% Lohnerhöhung an den Ministerpräsidenten Özal. Dieser war jedoch der Meinung, daß eine 25%-ige Lohnerhöhung besser in die Inflationslandschaft passe. Außerdem käme eine Lohnerhöhung von 25% effektiv einem Zuschlag von 47,5% gleich, weil für dieses Jahr Steuersenkungen und -rückzahlungen vorgesehen seien. Damit war in der Kommission eine aus Arbeitgeber- und Regierungsvertretern bestehende Mehrheit gesichert. Für 1984 wurde eine Lohnerhöhung von 25% plus 2000 Lira beschlossen. Die Türk-Is-Vertreter verließen den Sitzungssaal, nachdem ihr Vorschlag abgelehnt worden war.

Gleich nach der Beschlußfassung erteilten sich die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmervertreter, gegen die Höhe des Lohnzuschlags zu protestieren. Nur der Vorsitzende der Obersten Schiedsstelle, Naci Varlik, stand voll hinter der Lohnerhöhung: "Einen besseren und gerechteren Lohnabschluss kann es nicht geben. Das sieht man an der Unzufriedenheit sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer."

Der Mindestlohn wurde neu festgelegt

Aus wahltaktischen Gründen wurde der Mindestlohn frühzeitig festgelegt. Die von der Regierung einberufene Kommission beschloß, den derzeitigen Mindestlohn von 16.200 Lira auf 24.525 Lira brutto anzuheben. Jugendliche unter 16 Jahren bekommen einen Mindestlohn von 16.875 Lira brutto pro Monat.

Die Kommission hat bei der Berechnung des Mindestlohnes die familiäre Situation der Arbeiter nicht berücksichtigt. Grundlage für ihre Entscheidung war, daß ein Arbeiter pro Tag 3.500 Kalorien zum Leben braucht. Ferner blieben im Beschluß der Mindestlohnkommission die enorm gestiegenen Mieten unberücksichtigt. Gewerkschaftskreise ermittelten, daß der Mindestlohn mindestens 35.490 Lira betragen müßte, um die Kaufkraft von 1983 zu erreichen.

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Informationsstelle
Türkei e.V.
Rostockerstr. 4, 2 Hamburg 1

Fraktionskämpfe unter den Kapitalisten

Fraktionskämpfe unter den Kapitalisten sind nichts Neues in der Türkei. Schon 1981, als es in der Istanbul Industriellenkammer zu einem kurzen Wortgefecht kam, trat augenfällig zum Vorschein, daß die Kapitalisten unter sich gespalten sind. Veranlaßt wurde dieses Wortgefecht damals von dem Kleinkapitalisten Murteza Celikel, der vor der Vollversammlung der Kammer das vom Juli 1980 datierende Banksystem verurteilte und die Verstaatlichung der Banken forderte.

Nach dieser Erklärung ergriffen mehrere Redner das Wort und gaben ihrer Empörung Ausdruck. Sie bedauerten es, daß in einer Hochburg des Privateigentums die Banken kritisiert wurden. Da jedoch die Kapitalisten durch ihre Selbstdarstellungen sich selbst kompromittierten, brachen sie diese Diskussion schnell ab.

Die Diskussion flackerte jedoch Anfang 1982 wieder auf, als unter dem Eindruck der Bankpleiten mehr und mehr zum Vorschein kam, daß das neue Wirtschaftssystem viele Gefahren in sich birgt. Es wurde sichtbar, daß die Spaltung quer durch die Reihen der Kapitalisten geht. Die binnenmarktorientierten Kapitalisten forderten Korrekturen an der monetaristischen Wirtschaftspolitik, weil sie darunter schwer zu leiden hatten. Die auf Export eingestellten Kapitalisten hingegen wiesen darauf hin, daß zur monetaristischen Wirtschaftspolitik kein alternatives Konzept existiert. Sie empfahlen ihren binnenmarktorientierten Kollegen, zum Export überzugehen. Als jedoch die Diskussion wieder in eine Selbstdarstellung der Kapitalisten zu entarten drohte, wurde sie wie im vergangenen Jahr abrupt abgebrochen.

Die jüngsten Maßnahmen

Nach der Regierungsbildung von Özal hat sich die Situation insofern verschärft, als Özal offenbar entschlossen zu sein scheint, die Exportorientierung der türkischen Wirtschaft auf Biegen und Brechen durchzusetzen. Dazu gab er die Export- und Importtätigkeit sowie die Bankzinsen und den Devisenhandel frei. Demnächst ist an Steuersenkungen und -rückzahlungen gedacht. Privatisierung der Staatsbetriebe und Schaffung von Investitionsanreizen für ausländisches Kapital sollen auf Gedeih und Verderb die Umstellung der türkischen Wirtschaft auf Export erwirken.

Dabei ist es wichtig festzustellen, daß Özal die Kapitalisten nicht mehr einfach in Kategorien von Binnenmarkt- und Exportorientierten einteilt, sondern bei der Umstellung auf Export gerade auf die Größten und Kapitalstärksten setzt. Seine Philosophie ist, daß diejenigen, die sich auf Export einstellen können, überleben dürfen, alle anderen aber über die Klinge springen müssen.

Es ist daher nicht erstaunlich, daß nach diesen Prioritätssetzungen die Fraktionskämpfe unter den Kapitalisten wieder aufgeflackert sind, und zwar diesmal besonders heftig und an der ganzen Front, weil die Kapitalisten genau wissen, daß es diesmal um alles oder nichts geht. Dem Chef der benachteiligten Yasar-Holding zufolge verläuft die Front unter den Kapitalfraktionen folgendermaßen: "Zu der ersten Gruppe gehören die Optimisten. Das sind die Leute, die die jüngsten Maßnahmen angemessen finden. Zu der zweiten Grup-

pe gehören diejenigen, die Vorsicht walten lassen. Und schließlich sind wir diejenige Gruppe, die das Spiel offen spielt und deshalb die meisten Nachteile hat."

Die Optimisten

Die Optimisten werden von ENKA-Holding geführt. ENKA-Holding ist mit Abstand der größte Exporteur unter den türkischen Firmen. Sie verdankt ihre Expansion der monetaristischen Wirtschaftspolitik nach 1980 und steht mit dem Mitarbeiterstab von Özal im Kaderaustausch.

Die Besonderheit dieser Holding ist, daß sie fast ausschließlich auf Export eingestellt ist und zu 80% im Ausland Geschäfte tätigt. Deshalb ist sie von der Schrumpfung der Märkte nicht dermaßen in Mitleidenschaft gezogen worden, wie dies bei den traditionellen Holdings der Türkei (KOC, SABANCI etc.) der Fall ist. In einer mit ENKA vergleichbaren Situation befindet sich ferner die ERCAN-Holding, die sich ebenfalls für die jüngsten Maßnahmen der Regierung einsetzt.

Die Vorsichtigen

Die Fraktion der Vorsichtigen wird von den KOC- und SABANCI-Gruppen geführt. Die Besonderheit dieser Fraktion ist, daß ihre Holdings sowohl exportorientierte als auch binnenmarktorientierte Betriebe umfassen. Sie sind deshalb nicht eindeutig gegen die monetaristische Wirtschaftspolitik. Sie lassen Vorsicht walten. Sie kritisieren nur die Schnelligkeit, mit der die Umstellung auf Export betrieben wird. Sie empfehlen eine umsichtigere und langsamere Umstellung. Zu den Vorsichtigen zählen sich ferner die Istanbul Holdings Eczacibasi und Profilo. Es ist nicht zu übersehen, daß diese Holdings nicht zuletzt deshalb zur Vorsicht neigen, weil sie fürchten, von der Regierung benachteiligt zu werden.

Die Pessimisten

Diejenigen Kapitalisten, die keinen exportorientierten Betrieb haben, stehen den jüngsten Regierungsmaßnahmen unversöhnlich gegenüber. Daß auch große Holdings unter den Kritikern anzutreffen sind, liegt darin begründet, daß die Regierung die Großexporteure offen unterstützt und ihnen alle möglichen Begünstigungen zukommen läßt. So wurde z.B. die Exportkonzession mit den Staatshandelsländern den Holdings eingeräumt, die ein Exportvolumen von mindestens 50 Millionen Dollar haben. In der Türkei gibt es nur 15 Firmen, die ein so großes Exportvolumen erreichen.

Der Großkapitalist und Exporteur Halit Narin, der zugleich der Vorsitzende des türkischen Arbeitgeberverbandes (TISK) ist, erklärte in diesem Zusammenhang: "43 Millionen Menschen in diesem Lande können nicht für einige Holdings arbeiten... Neue Firmen wurden aus dem Boden gestampft, die wie Kronprinzen behandelt werden. Sie haben alle Kredit- und Exportanreize zu ihrer Verfügung. Währenddessen werden diejenigen Unternehmen, die bisher produziert und exportiert haben, nicht gefragt, was sie für Sorgen haben. Diese Unternehmen können sich nicht mehr länger auf den Beinen halten. Sie werden eins nach dem anderen geschlossen werden." (Milliyet v. 10.3.84)

teien die DYP und die SODEP bilden: nichts als opportunistische Wahlbündnisse, nur um wieder über eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten verfügen zu können.

Was haben nun die Wahlen gebracht? Die künstlichen Parteien der Militärs, HP und MDP, sind erledigt, obwohl ihnen durch die Wahlen vom 6.11.83 ein weiteres Überleben im Parlament für die nächsten 4,5 Jahre gesichert zu sein scheint. Die "neue" Opposition außerhalb des Parlaments ist eigentlich keine Alternative zu den im Parlament vertretenen Parteien, denn nicht die programmatische Abgrenzung, sondern allein der Wunsch nach Einfluß durch Abgeordnetensitze steht bei ihnen im Vordergrund.

Die Zeiten, in denen sich in diesen Kreisen eine fundamentale Opposition gegen die Militärherrschaft zu formieren schien, sind vorbei. Sobald gegen sie nicht mehr mit Verboten reagiert wurde, haben sie sich den sonstigen Auflagen unterworfen und am Karussell um die Macht ohne Murren teilgenommen. Kein Wort der Kritik an der Verletzung der Menschenrechte, kein Wort für die geschädigten Hochschulangehörigen und gegen die Lohnneinbeußen der Arbeiter, quasi eine selbst auferlegte Zensur in ihrer Rolle als Opposition, die im Grunde keine ist.

Inzwischen aber gibt es bei der Obersten Staatsanwaltschaft der Türkei ein Ermittlungsverfahren gegen die DYP, die als Fortführung einer alten Partei aufgelöst werden soll. Das ist die Rechnung für die einseitige Propaganda, in der Tradition von Menderes und seiner Demokratischen Partei sowie der Gerechtigkeitspartei von Demirel zu stehen. Daß der Vorsitzende der

DYP, Yildirim Avci, und andere Vertreter wie Cindoruk offen die Parallele zu den alten Parteien betonen konnten, war für viele Beobachter ein Zeichen dafür, daß die Militärs sich aus der Politik heraushalten würden. Nachdem aber die Partei auch in den Wahlen eher kläglich abgeschnitten hat, wird ihr nun auch von den Machthabern die Rechnung präsentiert: eine Fortführung des Alten ist nicht gewünscht.

Özal hat die Wahlen als Symbol des Neuen gewonnen, wobei auch ein Teil seiner Wähler aus dem traditionellen linken Lager stammt, obwohl Özals Politik alles andere als fortschrittlich ist. In der öffentlichen Meinung verkörpert er aber dennoch Veränderung, selbst wenn es in eine konservative und unternehmerorientierte Richtung geht.

Gleichzeitig ist die Wahl auch ein Votum für stabile innenpolitische Verhältnisse, denn Neuwahlen wurden durch Özals erneuten Sieg verhindert. In dem Wahlergebnis wird die Überzeugung von weiten Teilen der Bevölkerung deutlich, dem Wirtschaftsexperten Özal noch eine weitere Chance für die Zukunft einzuräumen.

Darüber hinaus ist aber erneut deutlich geworden, daß eine echte Alternative zu dem herrschenden System nicht existiert. Ob sich in der Partei der Demokratischen Linken, als dritte sozialdemokratische Kraft im Lande schon eine solche Alternative andeutet, bleibt ungewiß. Die bange Frage dürfte wohl eher lauten, ob es der sozialistischen Bewegung der Türkei gelingen wird, in naher Zukunft wieder eine gesellschaftspolitische Kraft zu werden. Bisher gibt es dafür aber keine Anzeichen.

Die Prozesse gegen die Hannoveraner Anti-Faschisten sind fast abgeschlossen

15 der insgesamt 18 Angeklagten, die nach der Demonstration am 21.5. letzten Jahres gegen eine Veranstaltung der "Grauen Wölfe" in der Stadthalle Hannover festgenommen worden waren, standen bereits vor dem Gericht. 1 Freispruch, drei Verfahrenseinstellungen und 11 Urteile zwischen 10 und 80 Tagesstrafen waren die Bilanz der bisher abgeschlossenen Verfahren. Dies bedeutet für die verurteilten Antifaschisten insgesamt Geldstrafen von DM 12.310. Der Prozeß gegen die beiden Antifaschisten Hasan und Orhan Ö., die wegen der konstruierten und schließlich zusammengebrochenen Anklage 7 Monate lang in U-Haft saßen, geht im Landgericht Hannover unterdes noch weiter. Diese schikanösen Prozesse gegen Antifaschisten hatten durch die Weitergabe der Erkennungsdienst-Photos an die türkischen Polizeibehörden die Qualität eines Skandals erreicht. Inzwischen hat das Niedersächsische Innenministerium diesen Tatbestand zugegeben mit der lapidaren Bemerkung, daß solche Fälle nicht mehr vorkommen würden. Trotzdem darf man sicher sein, daß dies nicht die erste und auch nicht die letzte "Amtshilfe" bundesdeutscher Behörden für die türkische Polizei gewesen ist. Aber hier wurde einmal mehr eindeutig bewiesen, daß sie Hand in Hand arbeiten.

Durch massive Öffentlichkeitsarbeit der Antifaschisten über die Schikane bei den Prozessen und über die "Grauen Wölfe" kam die große

Protestdemonstration am 4.2.84 (ca. 1.500 Teilnehmer) gegen den erneuten Versuch der türkischen Faschisten, in der Stadthalle Hannover eine sog. "Kulturveranstaltung" durchzuführen, zustande. 36 Organisationen forderten das Verbot der faschistischen Veranstaltung, Gewerkschafter protestierten, es gab Verbotsanträge. Der SPD-Oberbürgermeister wusch seine Hände in Unschuld und forderte ein Verbot vom CDU-Innenminister; der Verwaltungsausschuß der Stadt sah "keine rechtliche Handhabe". Ergebnis: für jeden der versammelten "Grauen Wölfe" wurden sechs Polizisten als Schutz gestellt, die Antifaschisten wurden verprügelt und wie ein Gefangenentransport durch die Stadt geleitet (damit der Bürger auch weiß, wer hier der Straftäter ist).

Dennoch: Den politischen Erfolg konnten die Antifaschisten verbuchen. Diesmal wagte niemand, wie noch am 21.5.83, zu behaupten, der wahre Charakter der Idealistenvereine sei ihm "ganz neu". Diesmal gab es eine für hanoversche Verhältnisse große Demonstration, aktiv am Ort des Geschehens, ohne Spaltung im eigenen Lager, getragen von Kreisen bis weit in die Partei des Oberbürgermeisters Schmalstieg (SPD). Diesmal hat das Konzept der Ausgrenzung und Kriminalisierung antifaschistischen Widerstandes - wörtlich genommenen Widerstandes und nicht harmloser Protest - nicht hingehauen!

Protest in Regensburg

KEIN RAUM DEM RASSISMUS!

Das stand Anfang Februar in der Universität Regensburg in der juristischen Fakultät an der Hörsaalwand zu lesen - wenn auch schnell überpinselt

Was war die Vorgeschichte?

An dieser Fakultät lehrt ein gewisser Professor Schröder (s. Foto). Der hatte in der FAZ vom 13.10.83 einen Artikel veröffentlicht mit der Überschrift: "Strafen zum Heimattarif", in dem er de facto Sondergesetze für ausländische Straftäter fordert, mit der Begründung:

"Eine für unsere Vorstellungen nicht unerhebliche Strafe zeigt bei ihnen (den Ausländern; d. Verf.) keine Wirkung, ja sie machen sich teilweise darüber lustig" ... "Denn diese Täter haben infolge der Gewöhnung an ihr heimatisches Strafniveau regelmäßig

auch eine geringere Strafe empfindlichkeit. ... muß daher in diesen Fällen eine höhere Strafe verhängt werden."

Betrachten wir mal die Folgen dieses ungeheuren Vorschlags, also den Straftarif verschiedener Länder für Delikte, die auch in der BRD strafbar sind:

Schroeders Heimattarif 1 (Beispiel Türkei):

"1982 gab es 14 Hinrichtungen, wodurch sich die Zahl der seit September 1980 hingerichteten Personen auf 24 erhöhte. Nach offiziellen Zahlen gab es am 30. November 1982 98 wegen politischen Mordes zum Tode verurteilte Personen ..." (aus: Amnesty international, Jahresbericht '83)

Schroeders Heimattarif 2 (Beispiel Singapur):

"Mindestens 9 Gefangene waren von den Gerichten Singapurs in letzter Instanz rechtsgültig zum Tode verurteilt. Sie waren wegen Mord, Drogenhandel bzw. Verstößen gegen das Waffengesetz verurteilt worden." (Aus a.i.; a.a.O.)

Schroeders Heimattarif 3 (Beispiel Pakistan):

"Seit die Amputation der Hand als Strafe für Diebstahl 1979 eingeführt wurde, sind Berichten zufolge 22 Menschen zur Amputation verurteilt worden ... Eine neue Kriegsrechtsbestimmung, Nr. 53 vom 27.9.82, erlegte die Beweislast dem Angeklagten anstatt der Staatsanwaltschaft auf. Die Militärgerichte wurden angewiesen, auf der alleinigen Grundlage der polizeilichen oder anderen Ermittlungen von der Schuld des Angeklagten auszugehen, es sei denn, der Angeklagte könne das Gegenteil beweisen. Diese Kriegsrechtsbestimmung ... sieht die Todesstrafe als Höchststufe vor ..." (aus a.i.; a.a.O.)

Also: welche Straftat auch immer ein Pakistani hier begeht - ob Diebstahl, Unterschlagung oder ein Verkehrsdelikt - die Justiz des Heimatlandes braucht seine Schuld nicht zu beweisen! Nun haben ja die deutschen "Vollzugsorgane" z.B. im Handabhacken keinerlei Erfahrung. Deshalb meint Schroeder in selbigem FAZ-Artikel: *"Eine optimale Lösung, die derartige Mühen erspart und im übrigen auch zu verlässiger ist, bietet allerdings die Möglichkeit, Strafverfahren gegen Ausländer an die Justiz im Heimatland zu übergeben."*

Über die sowieso schon reaktionäre Abschiebep Praxis der BRD weit hinausgehend fordert der saubere Professor also die Abschiebung zum Zwecke der gefälligen Aburteilung im Heimatland und zwar bedingungslos und bei jeder Straftat.

Kurz: seine Vorschläge bedeuten - Schaffung von Ausnahmerecht - zunächst für Ausländer - Übernahme von Strafen aus faschistischen Ländern - Verunglimpfung von Ausländern - Nicht ganz daneben liegt dann wohl ein FAZ-Leser mit seinem Leserbrief: *"... möglicherweise gibt es auch deut-*

sche Staatsbürger mit einer sozial unterschiedlichen 'Strafempfindlichkeit': eine unverhüllte Klassenjustiz wäre dann möglich... bei der die soziale Herkunft mitbestraft wird." Was im übrigen auch Professor H. Gollwitzer zu diesem Fall feststellt (s. Auszug aus seiner Stellungnahme).

Außerdem war dies nicht der erste rassistische Ausfall dieses Herrn Professors, der immerhin die künftige Generation von Richtern und Staatsanwälten ausbildet. So ließ er z.B. seine Studenten einen Klausurtext bearbeiten, in dem die Assoziationen zum typisch geilen Italiener, der üblicherweise deutsche Frauen schwängert mit dem Ergebnis totgeborener "Wesen" (wie könnten es auch Menschen sein?) mehr als offen sind (s. Auszug aus dem Klausurtext).

Als die Studenten diese Klausur zum Anlaß nahmen, gegen ihren Professor Strafantrag wegen Volksverhetzung zu stellen, spielte der Herr Staatsanwalt nicht mit: Schroeders Exzess sei lediglich eine "humorvolle Auflockerung", argumentierte er in der Begründung zur Niederschlagung der Anzeige! Schroeder selbst versuchte sich mit nicht weniger "Humor" zu rechtfertigen: *"Daß in einer meiner Übungsarbeiten ein leidenschaftlicher Straftäter einen zwischen 'Papageno' und 'Papagalio' schillernden Namen trägt, als Beschimpfung aller in der Bundesrepublik lebenden Italiener anzusehen, ist so absurd, daß es auch jedem halbwegs objektiven Nichtfachmann auffallen müßte."*

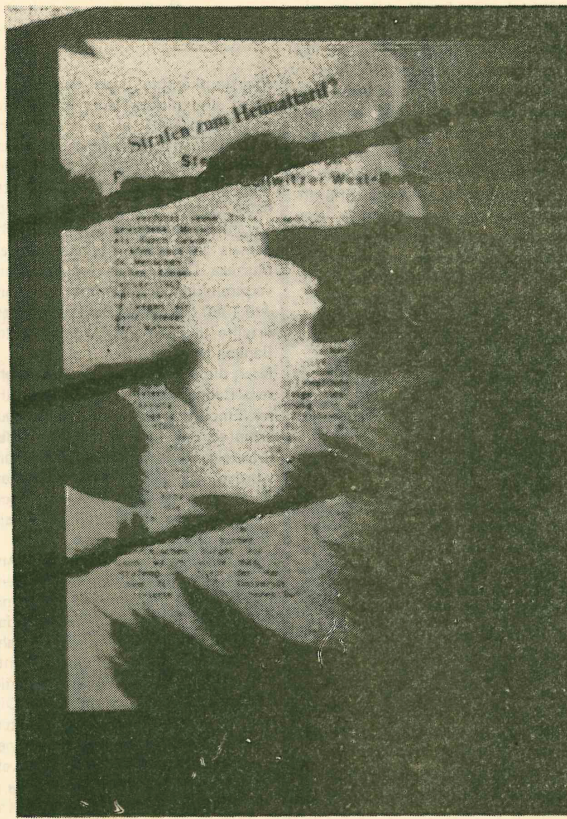
Papageno also! Wie nett - das erinnert an Mozart. Wenn der allerdings eine Oper mit einem 'Francesco Papagalio' und einer 'Frieda Fettbacke', die für die Tötung eines '24 cm langen Wesens' verantwortlich sind, komponiert hätte, hätte sich die Öffentlichkeit mit Grausen abgewendet. Da hilft alles nichts, Herr Schroeder: Kulturgut werden Ihre diskriminierenden Ergüsse nie! In vorbildlicher Art und Weise unternahmen aber zum Glück Schroeders Studenten mehr als der Staatsanwalt wohl ahnend, daß man sich auf diese Justiz nicht verlassen kann. Erstmals brachten sie Schroeders ungeheuerlichen Vorschläge an die Öffentlichkeit und mobilisierten bekannte Juristen und andere Demokraten, gegen ihn öffentlich Stellung zu beziehen (s. Erklärung).

Nach ausführlicher Informationsarbeit sprengten sie dann seine Vorlesung, nachdem er deutlich gezeigt hatte, daß er zu einer Stellungnahme zu feige ist ("Terror ohnehneichen" bezeichnete er die wiederholte Aufforderung der Studenten in seiner Vorlesung zu einer Stellungnahme). Pikanterweise hatten die Studenten herausbekommen, daß Schroeder aus der DDR stammt. "Strafen zum Heimattarif: Wir fordern die Anwendung des §92 StGB (DDR) auf Schroeder" stand an der Tafel (und danach wäre Schroeder keinesfalls mehr Professor, sondern säße im Knast!).

Also schickte Schroeder erst einmal einen Assistenten, der diese Aufschrift abwischte - aber Abgewischtes läßt sich auch wieder hinschreiben! Als Schroeder dann auch noch auf seinem Pult blutende Schweinepfötchen (in Anspielung auf von ihm indirekt gefordertes Handabhacken) vorfand, reichte es ihm: er floh unter Beifall der Studenten.

Und: jedesmal, wenn er wieder eine Vorlesung abhalten wollte, gelang es ihm unter ähnlichen Umständen nicht - obwohl der Juraprofessor eigenhändig als "Hilfsherif" versuchte, Studenten "festzunehmen". Keine einzige Vorlesung brachte er mehr bis zum Ende des Semesters zusammen!

Von seiner Sorte sitzen genug im Professorenkittel an westdeutschen Universitäten, in Amtsstuben und wo auch immer, die ungestört ihre braune Soße verbreiten. Nirgendwo darf dieses Gedankengut gelehrt werden, nirgendwo soll man sie zu Wort kommen lassen!

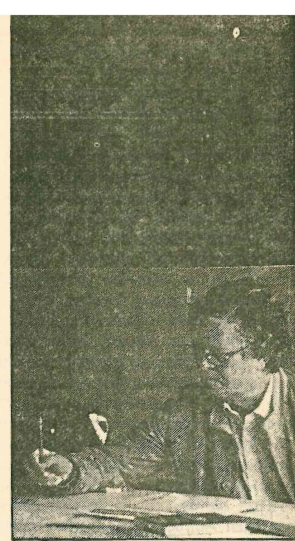


Auszug aus der Erklärung von Professor H. Gollwitzer:

"... eine gefährliche These ..."

"... verführt seine These unsere Justiz dazu, straffällig gewordene Menschen aus anderen Ländern mit höherem Strafmaß als durch Gewöhnung abgestumpte und deshalb nur durch Strafen nach dem Muster ihres Heimatlandes abzuschreckende Menschen zu behandeln. Das ist eine These mit schrecklichen Konsequenzen. Als ich mit meiner Kompanie im Januar 1943 von Frankreich nach Rußland verlegt wurde, hatten wir in unserem Transportwagen eine heftige Debatte wegen einer Behauptung, die ein Kamerad, ein sonst ganz biederer Friseur aus Nürnberg, aufgestellt hatte: der Wahrheitsgehalt der auch von ihm nicht bejahenden nazistischen Propagandathese vom 'bolschewistischen Unternehmense' läge darin, daß die Menschen in Rußland infolge ihres niedrigeren Kulturlevels Schmerz und Leid, also etwa den Verlust ihrer Angehörigen im Kriege oder Mißhandlungen, nicht so tief empfinden wie wir hochkultivierten Deutschen. Die Folge dieser weitverbreiteten Auffassung war die Brutalisierung der deutschen Soldaten im Umgang mit der östlichen Zivilbevölkerung, auch z.B. die Einführung körperlicher Strafen in den Fabrikbetrieben des deutschen Besatzungsbereiches, durch die bei der sowjetischen Bevölkerung, die an solches gerade nicht 'gewöhnt' war, im besonderen Maße der Haß gegen die Deutschen aufflammte."

Man wird also der These von Herrn Schroeder eine der besten Erbgüter der Aufklärung entgegengesetzt müssen, nämlich die unbedingte Gleichheit nicht nur aller Bürger, sondern aller Menschen vor dem bei uns geltenden Recht. Weicht man davon im Falle der Ausländer einmal ab, dann wird m.E. binnen kurzem auch die Gleichheit der einheimischen Bürger vor dem Recht angetastet werden; denn warum sollte man da nicht auch eine geringere Strafe empfindlichkeit der Handarbeiter im Unterschied zu einem feinnervigen Universitätsprofessor oder einem an kultivierten Luxus gewöhnten Bankdirektor postulieren? ..." Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, D.D., West-Berlin



Professor Schröder

Klausurtext Schroeder, Kleiner Strafrecht-Schein, Dezember 1983

Es hieß da wörtlich: *"Die verheiratete Frieda Fettbacke erwartete ein Kind. Sie glaubte, daß es von ihrem Freund Francesco Papagalio stamme. Als sie bereits im 5. Monat schwanger war, forderte sie ihn auf, sie in seinem eigenen Interesse von den Folgen seiner südländischen Leidenschaft zu befreien. Papagalio besorgte ein Abtreibungsmittel, das die F. einnahm. Nach kurzer Zeit kam daraufhin ein etwa 25 cm langes Wesen zur Welt, das nicht lebensfähig war, aber Laute von sich gab. Papagalio und Fettbacke töteten es gemeinsam nach der Geburt. Das Kind stammte vom Ehemann der F. Wie ist der Sachverhalt strafrechtlich zu beurteilen?"*

ERKLÄRUNG

Vor fast zwei Jahren traten westdeutsche Professoren mit dem rassistischen "Heidelberger Manifest" an die Öffentlichkeit. Mit der Behauptung: Ausländer sind krimineller als Deutsche! sucht sich Prof. Schmidt-Kaler, einer der Unterzeichner des "Heidelberger Manifestes" geistige Unterstützung für diese Inhalte zu verschaffen. Er beschwört die "wachsende Kriminalität der Auslandsjugend" (Mittelbayerische Zeitung vom 21.10.81).

Es zeugt von demselben Geist, wenn Prof. F.C. Schroeder (Regensburg) von einer "geringeren Strafe empfindlichkeit" der ausländischen Mitbürger spricht, wenn er davon spricht, daß eine "für uns nicht unerhebliche Strafe (s. bei diesen) keine Wirkung zeigt".

Es stimmt also doch? Ausländer werden leichter kriminell. Ausländer verspielen einen größeren Hang zur Kriminalität?! Wer Strafverschärfung für "strafunempfindliche" Ausländer fordert wie F.C. Schroeder, öffnet Tür und Tor für die Willkür der Justiz.

Denn was bedeutet die Forderung, zwecks Bestrafung "das dem Täter vertraute ausländische Strafmaß genau zu ermitteln"? Sollen die Rechtsmaßstäbe selbst faschistischer Regimes zum Kriterium für das bundesdeutsche Recht werden? In der Türkei droht Gewerkschaftern wegen Streikvorbereitung die Todesstrafe. In Iran wird einem Dieb nach islamischem Recht die Hand abgehakt. Welche Strafe wäre wohl nach Meinung Schroeders in der BRD "angemessen", um der "Strafempfindlichkeit" genüge zu tun?

Noch menschenverachtender ist es, wenn ein (in der juristischen Fachwelt als anerkannt geltender) Strafrechtler sich dafür stark machen kann (F.C.S.: "optimale Lösung"), die Ausländer zu ihrer Aburteilung ins Heimatland abzuschleppen. Soll Abschieben zum Foltern in die Türkei nach Ansicht eines bundesdeutschen Professors die endlich "gerechte Strafe" sein? Wer Täter nach "Strafempfindlichkeit" aburteilen will, fordert in der Konsequenz, daß Ausländer und Deutsche nach ihrer sozialen Herkunft und ihrer politischen Einstellung bestraft werden.

Soll künftig ein Demokrat, wenn er glaubt, rechte Politik(er) verurteilen zu müssen, wegen einer möglichen Beleidigung schärfer bestraft werden als ein "strafempfindlicher" unpolitischer Bundesbürger, bei dem "der Hang", Politiker anzugreifen, geringer ausgeprägt ist?

Wer für zweierlei Recht in der BRD plädiert, knüpft an die Tradition "furchtbarer Juristen" an. Die Unterscheidung in zwei "Sorten" Mensch weckt Assoziationen an die nazistische Ausgrenzung "Andersgearteter": In der deutschen Geschichte wurde schon einmal zwischen "Volksgenossen" und "Volksschädling" unterschieden.

Ein Erfolg der Demokraten war es, daß das "Heidelberger Manifest" nicht salonfähig gemacht werden konnte und die Unterzeichner - Professoren - an wissenschaftlicher Glaubwürdigkeit verloren.

Unabhängig davon weisen wir solche Überfremdungsideologien wie die des "Heidelberger Manifestes" sowie Theorien, die ausländische Mitbürger als krimineller und "strafunempfindlicher" diskriminieren, als unwissenschaftlich zurück.

Wir sind besorgt darüber, daß solche Inhalte an westdeutschen Universitäten verbreitet werden dürfen.

NIE WIEDER Dürfen "Sonderbehandlungen" von Nichtdeutschen und "Andersgearteten" propagiert geschweige denn praktiziert werden!

Initiiert wurde diese Erklärung vom Bund demokratischer Wissenschaftler, Marburg: IAF, Frankfurt: Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Hochschullehrer, Marburg: Wolfgang Herbert, Mitglied des Republikanischen Anwaltsvereins, Offenheim: Renate Pilz, Jurastudentin, Uni Regensburg. Weitere Erklärungen sind zu bestellen bei: Renate Pilz, Weinweg 51, 8400 Regensburg. Spendenkonto: Renate Pilz, Sparkasse Regensburg BLZ 750 501 20, Konto: 570125427, Kennwort: Schroeder